

Die „Vollswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Waisenstraße 1/2, und durch Postbestellungen zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, von Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, incl. des Postz. 2.50, wo keine Post am Orte, 2.34.

Vollswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Bestellungsbedingungen: Bestellen für die nächste Ausgabe... Preis vierteljährlich 2.50, von Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen 2.50, incl. des Postz. 2.50, wo keine Post am Orte, 2.34.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 59.

Breslau, Dienstag, den 11. März 1913.

24. Jahrgang.

Die Revolution von 1813.

Da die hundertjährige Wiederkehr des Tages, an dem von Breslau aus der Ruf „An mein Volk“ erging, in die Karwoche fällt, hat die fromm-christliche preussische Regierung den 10. März zum Hauptfeiertag des Jubiläumjahres bestimmt. Wer etwas auf sich hält und Wert darauf legt, als loyaler Unterthan zu gelten, der zieht sich den Pratenrock an, stülpt den Zylinder auf und beteiligt sich, ob Jude oder Christ, an dem Kirchgang, der diesmal in das übliche Klingeln, Bummeln und Tischgebada preussischer Feste etwas Abwechslung bringen soll.

Wir Sozialdemokraten sind nicht mit von der Partie, wir lassen die anderen bei ihrem Gottesdienst so gut wie bei ihren Festen, Kommerzen und vaterländischen Mitteln unter sich. Für diese Art von Feiern, bei denen jede Geste eine Pose und jedes Wort eine Geschichtsverfälschung ist, haben wir nichts übrig. Aber wer auf das Mißfeiern verzichtet, der braucht sich deshalb nicht des Mitgedenkens zu enthalten, und wir haben allen Anlaß, uns ebenfalls in die Zeit von vor hundert Jahren zu vertiefen. Nicht nur, weil wir immer bereit sein sollen, aus der Geschichte zu lernen, auch nicht nur um die historischen „Irrtümer“ der Patrioten richtig stellen zu können, sondern weil auch mit unseren Augen gesehen, das Jahr 1813 ein Jahr der Erhebung gewesen ist. Unser berechtigtes Mißtrauen gegenüber allen von Wilhelm II. angeordneten Jubiläen kann uns nicht hindern, die für denkwürdig erklärten Geschehnisse objektiv zu würdigen und uns in unserer Art an ihnen zu erbauen.

Von all den Jahrhundert-, Halbjahrhundert- und Vierteljahrhundertserinnerungen, die man von oben besoffen hat, ist die an das Jahr 1813 wohl die einzige, an der das Volk mit vollem Bewußtsein Anteil nehmen darf. Die innere Berechtigung des „Befreiungskrieges“ kommt dabei nur in zweiter Linie in Betracht. Napoleon war der Vollstrecker der Ideen der französischen Revolution. Die Kolbenschläge seiner Soldaten haben die Dore gesprengt, mit denen das heilige römische Reich deutscher Nation in all seinen Teilen gegen den freien Luftzug der modernen Zeit abgesperrt. Aber die Faust des Siegers und Eroberers hat nicht nur die Dynastien gestürzt und gestaut, sie hat auch mit einem schweren tyrannischen Druck besonders auf dem preussischen Land und dem preussischen Volk gelastet, und wenn die weltlichen Teile Deutschlands, die entweder dem französischen Staate einverleibt wurden, oder in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Napoleon kamen, ihn als Befreier von dem brüderlichen Joch der mehr oder minder aufgefärbten Despoten begrüßen konnten: still der Elbe war er nur der unerbittliche Unterdrücker.

Gewiß ist es des Kaisers tiefe Verachtung für die preussische Regierung und den preussischen König gewesen, die das preussische Volk zu entgelten hatte, doch das Recht der Geknechteten zur Gegenwehr war darum nicht geringer, und für die Abschüttelung von Fesseln hat die Sozialdemokratie unter allen Umständen Verständnis. Dieses Verständnis wird zur Sympathie, wenn der Wille zur Befreiung nicht dem Befehl der Mächtigen und Fürsten sein Entstehen verdankt, sondern sich ohne diesen äußeren Anstoß oder sogar im Gegensatz zu den Herrschenden Bahn bricht. Das aber war in Preußen der Fall. Die Freiheitsbewegung des Jahres 1813 war bis zum Ausbruch des Krieges eigentlich ein revolutionärer Akt, und sie büßte auch dadurch ihren Charakter nicht ein, daß das Meer mit dem Volke gemeinsame Sache machte und daß es hohe Offiziere und Vertreter des Adels waren, die führende Rollen übernahmen.

Mit einem Bruch des Fahneneides begann die Sache. Der General York, der mit seinen Truppen von den Russen überging, handelte auf eigene Faust, und die Offiziere, die sich ihm angeschlossen und sich weigerten, den Berliner Weisungen zu gehorchen, waren nichts anderes als Rebellen, die von Rechts wegen den Tod auf dem Sandhaufen verdient hätten. Sie würden ihn auch erlitten haben, wenn das Unternehmen anders ausgegangen wäre, am Ende auch schon, wenn jener Mann, den ein grausames Geschick den preussischen Thron zieren ließ, die Möglichkeit gehabt hätte, an die Verbrecher heranzukommen. So beschränkte sich Friedrich Wilhelm III. mit der Absetzung des Generals, die auf dem Papier blieb und mit einem be- und wehmütigen Entschuldigungsbrief an Napoleon.

Als Verbündeter des russischen Alexander auf eigene Rechnung rückte York dann in Ostpreußen ein, und mit ihm kam der Preiser v. Stein, der die preussischen Dienste mit den russischen vertauscht hatte. Er war vom Zaren sogar zum unumschränkten Verwalter der Provinz seines ehemaligen Herrn ernannt worden, und in dieser Eigenschaft organisierte er die Kämpfe Ostpreußens gegen den Staat, mit dem Preußen im Bundesband. Was war dem Freiherren von Stein der König von Preußen, dessen Minister er zuvor gewesen? „Ich habe“, so hatte er kurz zuvor an den russischen Minister in London geschrieben, „nun ein Diktandum, das heißt Deutschland...“

mir sind die Dynastien in diesem Augenblick... vollkommen gleichgültig.“ Mit Hilfe Rußlands hoffte er seine Pläne zu verwirklichen. Ihm war die Zukunft des Hohenzollernhauses und des preussischen Staatswesens genau so gleichgültig, wie Gneisenau, der, als ihm der Widerstand der Reformgegner unüberwindlich schien, nach England gegangen war und von dort den Vorschlag machte, England solle mit einem Landungsheer in Norddeutschland auftreten, alles für sich selbst erobern, dem Lande die englische Verfassung geben und es dem britischen Reich einverleiben.

Schritt vor Schritt mußte der Vorfahr Wilhelm II. vorwärts getrieben werden. Er zweifelte daran, daß sich Freiwillige melden würden; er hielt einen Sieg über Napoleon für ausgeschlossen. Er ließ sich von dem von Clausewitz mit beiderer Schärfe charakterisierten Hofadel, der sich mit den Zuständen vorzüglich abgefunden hatte, immer wieder zum Zögern bestimmen. Die ganze heute von seinen Nachfahren gefeierte „Wiedergeburt“ Preußens erschien ihm nicht nur, wie er sich einmal in einem Briefe an Gneisenau ausgedrückt hatte, als „Poésie“, sondern auch als eine hochgefährliche Sache. Untertanen, die anfangen, sich als Volk zu fühlen und nicht auf die Befehle ihres allergnädigsten Herrn warteten, bis sie sich zur Begeisterung entschlossen — das war für den Hohenzoller ein schrecklicher Gedanke, und am Ende hat ihn wahrscheinlich nur die Furcht zu dem entscheidenden Schritt bestimmt, die Bewegung werde über seinen Thron und vielleicht über seinen Leib hinweg weiter schreiten. Im Februar 1813 schrieb der englische Diplomat Dmpleba an seine Regierung: „Wenn der König länger zaudert, so sehe ich die Revolution als wahrscheinlich an.“

Ein Volk, das so im Gegensatz zu dem Herrscher und nur widerwillig unterstützt von der Regierung zum Kampfe drängt, kann sich nicht das Ziel gesetzt haben, einen fremden Eroberer zu besiegeln, um dann sanft und demütig unter das Joch der angekommenen Monarchen zurückzukehren. Zweifellos waren unter den militärischen Führern und den ableitigen Gönnern des Freiheitskrieges manche, die in Napoleon nur den Sohn der Revolution sahen und nichts wünschten als die Wiederherstellung eines nicht durch gefährliche Ideen bedrohten Preußen. Aber die Masse wollte mehr. Sie träumte von dem einigen Deutschland und der Freiheit der Institutionen in seinen einzelnen Staaten. Um diese Frucht ist sie betrogen worden, und wer deshalb heute jubelt, der feiert gleichzeitig die Niederlage des Volkes. Wenn das Jahr 1813 und die folgenden so geworden wären, wie sie das Volk erhofft hatte, dann würde aller Wahrscheinlichkeit nach das offizielle Preußen des Jahres 1813 nicht gedenken. Dies Jahr erscheint den Hohenzollern und denen, die mit ihnen zum Beten gehen, nur deshalb so bewundernswert, weil durch das, was sie die wunderbare Fügung des Himmels nennen, die Erhebung des preussischen Volkes nicht ihm selbst, sondern nur dem preussischen Staatswesen und seiner Dynastie zugute gekommen ist. Sie feiern die nicht erfüllten Versprechungen der Proklamationen, in denen von Freiheit und Verfassung die Rede war.

Der Sozialdemokratie aber bleibt es vorbehalten, die Revolution von 1813 zu vollenden. Nach dem Feldzug schrieb einer der feurigsten Patrioten, der Professor Steffens, von den jungen Kriegern, die zu Politikern geworden seien:

Wo ist das Deutschland fragen sie, für welches zu kämpfen wir aufgefordert wurden? Es lebt in unserem Innern. Zeigt es uns, wo wir es finden, oder wir sind genötigt, es uns selbst zu suchen.

Das neue Deutschland und vor allem das neue Preußen ist noch immer nicht gefunden.

Der Balkankrieg.

Die Friedensaktion der Mächte hat wieder eine Verzögerung erfahren. Griechenland soll der Vermittlung der Großmächte sehr wenig Vertrauen entgegenbringen und mehr für direkte Verhandlungen mit der Pforte sein. Der Fall von Janina und die Gefangennahme der türkischen Armee habe Griechenland in dieser Auffassung bestärkt. Montenegro vertritt noch immer den Standpunkt, daß erst Skutari fallen müsse, bevor die Aktion der Großmächte einsetzen könne. Serbien und Bulgarien haben gegen eine freundschaftliche Vermittlung der Großmächte nichts einzuwenden, aber die diplomatischen Vertreter beider Länder verweisen auf den trostlosen Ausgang der Londoner Botschafterkonferenz. Welche Länder würden daher nur unter der Bedingung der Vermittlung der Großmächte zustimmen, daß die Großmächte vorher die Friedensbedingungen in allgemeinen Zügen angeben können. Durch diese Haltung der Verbündeten dürfte eine neue Verzögerung in der Mediation herbeigeführt werden, einmal man von russischer Seite Montenegro gern Zeit lassen möchte, Skutari zu nehmen.

Ein Türkenfieg.

Konstantinopel, 8. März. Die Türken sollen gestern reich geblieben sein in einem ersten Gefecht bei Tschalilki nördlich von Silivri. Die Bulgaren wichen unter schweren Verlusten zurück.

Die serbische Skutari-Expedition.

Belgrad, 8. März. Wie es mit der vom Innern Serbiens nach Skutari zu entsendenden Hilfsaktion augenblicklich steht, ist schwer zu ermitteln, da die spärlichen Nachrichten aus der Provinz sowohl über den Zeitpunkt ihres Abganges als über die Batterien wie über den Zeitpunkt ihres Abganges ganz widersprechend lauten und die amtlichen Stellen sich in tiefes Schweigen hüllen. Die Angaben variieren von 7000 bis über 80.000 Mann. Nach der einen wären die Infanterie und die Aeroplane bereits abgegangen, und zwar auf dem Landwege, von der Artillerie aber nur wenige Batterien, und zwar über Salonik. Nach einer anderen Version wäre der gesamte für die Expedition bestimmte Artilleriepark bereits entsendet. Ueber die bisherigen Mißerfolge vor Skutari herrscht hier starke Verstimmung. Die Presse bespricht erbittert erst jetzt hier bekannt gewordene Einzelheiten über den abgeschlagenen nächtlichen Angriff der Serben auf die serbischen Truppen auf Orblija vor Skutari, wobei die Serben außerordentlich große Verluste erlitten. Insbesondere werden schwere Vorwürfe laut gegen den Führer der serbischen Hilfskräfte, Oberst Popowitsch, der angeblich ohne Ueberlegung und Wissen des serbischen Oberkommandos, nur um sich die Generalepauletten zu verdienen, den Sturm gegen die sehr stark und modernen Befestigungen mit Truppen unternommen habe, die nicht entfernt dafür vorbereitet waren.

Semlin, 8. März. Aus Nestib wird gemeldet, daß zwei serbische Divisionen zur Eroberung Skutaris abgegangen werden sollen, von denen sechs Bataillone bereits Donnerstag Nestib passierten. Das serbische Oberkommando hat seine Absicht nach Nicht verziehen.

Neues Bombardement von Adrianopel.

Philippopol, 9. März. Gestern wurde Adrianopel in starker Weise bombardiert. Es war das erste Mal, daß die serbische Artillerie in Tätigkeit trat. Die Festung wurde mit Geschossen geradezu überhäuft. Die neuen Kanonen, welche vor vierzehn Tagen angekommen sind, schienen mit großer Sicherheit. Es gelang den Bulgaren, das Fort Sultana Toria zu erobern und 400 türkische Soldaten gefangen zu nehmen, sowie eine große Anzahl Waffen erbeuten. Später mußten die Bulgaren dieses Fort jedoch wieder verlassen, ohne daß es andererseits den Türken gelang, sich in dem Fort wieder festzusetzen. — Es wird behauptet, daß die Disziplin im türkischen Lager nur mit größter Strenge aufrecht zu erhalten werden kann und führt hierfür folgenden Vorfall an: Eine halbe Kompanie türkischer Soldaten wollte sich ergeben, wurde jedoch von den eigenen Truppen beschossen, so daß mehr als die Hälfte der stehenden Türken tot liegen blieb.

Die Last des Kriegsdienstes.

Sofia, 8. März. In der Sobranje erklärte auf eine Anfrage über die Möglichkeit, die Mannschaften der Territorialarmee auf einige Zeit zu beurlauben, damit die Feldarbeiten leichter vorantreiben gehen könnten, der Kriegsminister, die Regierung denke stets daran, wegen des Kriegszustandes sei jedoch eine solche Maßnahme inopportun.

Politische Uebersicht.

Nochmals: Koloniale Geschäftspolitik.

Der Reichstag ist Sonnabend in die Osterferien gegangen. Der letzte Sitzungstag brachte indes noch eine erregte Debatte über das Thema der Konzeptionsgesellschaften, das Freitag von unserem Genossen Dr. Weill angeknüpft worden war. Nach einigen Bemerkungen, die der Fortschrittler Dr. Brabant zu dem Gegenstand gemacht hatte, hielt der Nationalliberal Dr. Paasche eine übermäßige eifrige Verteidigungsrede zugunsten seines Fraktionskollegen und Weisungsgenossen Dr. Semler, der Tags zuvor bedenklich unter die Räder gekommen war. Dr. Paasche erklärte die Kritik, wie sie an der Tätigkeit des Herrn Dr. Semler geübt war, als unzulässig. Der Staatssekretär äußerte sich dann über das eigentlich zur Debatte stehende Thema: die Zurückweisung des überlegenden Einflusses der Kongo-Konzeptionsgesellschaften. Er unterstrich die angebliche Engherzigkeit der Regierung; mit Hilfe der zur Verfügung stehenden Mittel eine strenge Kontrolle über die Gesellschaften auszuüben. In diesem Zusammenhang suchte er auch den in die Affäre verwickelten Botschafterat v. d. Vanden und ein wenig auch noch den Herrn Dr. Semler zu bedecken. Auch Herr Czajkowsky sagte Herrn Dr. Semler lobliche Worte als möglich, und polemisierte hierbei — nicht übermäßig geschickt — gegen unsere Fraktion.

Nach den Vorgängen der Freitagssitzung war es begreiflich, daß das Haus der Entgegnung des sozialdemokratischen Gegners Genossen Dr. Weill mit Spannung entgegen sah. Hatte sich doch Genosse Weill in seiner Rede am Tage zuvor als vorzüglicher Kenner jener dunkleren Partien der deutschen Kolonialpolitik erwiesen, über die man nicht gerne spricht, von denen man aber doch aus einem gewissen pikanten Interesse recht gerne hört. Die scharfe Schärfe der nun folgenden Ausführungen über die eigenartige Doppelstellung des Dr. Semler als Kolonialreferenten des Reichstags und als Vertreter seiner persönlichen Geschäftsinteressen war: dadurch umso höher, daß sich der Redner in der äußeren Form seiner Tätigkeit betätigte, die mehr der Würde des Hauses, als der Sache war, als sie dem unglücklichen Objekt selbst zuzurechnen

Zum Schluss hatte man den Eindruck, noch nie eine
Exposition beigewohnt zu haben, die mit größerer Eleganz
und Glanzvollkommenheit worden wäre. Nachdem noch Dr.
Kraetz einen begeisterten Rettungsversuch unternom-
men hatte, vervollständigte Genosse Lebehour die wertvolle
Darstellung der Dinge durch eine scharfe und energische
Präzisierung der Vorgänge und der Stellung des bishe-
rigen Kolonialreferenten.

Im übrigen beachte die Erörterung der Etats für die
einzelnen Schutzgebiete zunächst eine längere Erörterung der
Baumwollfrage, in der Genosse Kraetz die Stellung
der Sozialdemokratie auseinandersetzt. Dem Etats für
Südwestafrika behandelte Genosse Dr. Quessel einige
für dieses Schutzgebiet wichtige Fragen, wobei er die
grundsätzliche Uebereinstimmung mit den Anschauungen aus-
drücklich betonte, die von den anderen Fraktionsrednern
geäußert worden waren. Genosse Koch behandelte die
Diamantenfrage, in der ihm seine umfangreiche Sachkennt-
nis außerordentlich zugute kam. Er begründete die in der
letzten Zeit von der Kolonialverwaltung durchgeführten
Maßnahmen und schloß daran eine Reihe von noch unerfüll-
ten Forderungen, namentlich zugunsten der deutschen In-
dustrie und der deutschen Arbeiter. Ueber die rücksichts-
lose Vernichtung wertvoller Tier- und Vogelarten in Neu-
guinea sprach Genosse Schöpflin.

Zu Beginn der Sitzung war das Staatsnotgesetz gegen
unsere Stimmanten angenommen worden. — Die Sitzung
schloß mit einer Rede des Präsidenten zum Gedächtnis der
Verleumdungsfrage.

Seht in den Reichstag, Preussens!

Nichts ist so international wie der Nationalismus!
Seine Sprache und Farben wechseln von Land zu
Land. Seine Gesinnung und Ausdrucksweise sind überall
dieselben. In der Art zu denken, zu sprechen, selbst sich zu
bewegen, besteht zwischen einem französischen Chauvinisten
und einem Albeutschen eine geradezu lächerliche Ähnlichkeit.
Als jüngst ein französischer Sozialdemokrat in Berlin weilte,
blieb er überrascht stehen, wie ein aufgelöster Schwarm von
Kriegerveteranen, von irgend einer Parade zurückkehrend, in
der Richtung zu den nächsten Wirtschaftshäusern vorüberzog.
Er glaubte seine heimischen Veteranen zu sehen: dieselben Ge-
sichter, dieselben schleichenden Gehträge, dieselben auf-
gebogenen Zylinder — tout comme chez nous, alles
wie bei uns! Und hätte er Gelegenheit gehabt, die guten
Leute zu sprechen, er hätte genau dieselben blechernen
Phrasen gehört, genau dieselbe aufgeblasene Begeisterung ge-
funden, wie er sie bei seinen nicht minder braven Lands-
leuten zu finden gewohnt ist.

Wahrscheinlich hat sich dieser französische Genosse lächelnd
seiner jüngsten Berliner Eindrücke erinnert, als ihm am
Donnerstag als Antwort auf seinen und seiner Fraktions-
kollegen Protest gegen die französische Militärvorlage von den
Führern der Patrioten der Ruf entgegenschallte: „Seht in den
Reichstag, Preussens!“

„Preussens“ also. Preußen, ganz einfach Preußen sind
die unsere französischen Genossen, und nicht ins Palais
Bourbon, sondern in den deutschen Reichstag gehören sie
hinein, weil sie es wagen, Gegner der dreijährigen Dienstzeit
zu sein! Vaterlandsverläuder, Landesverräter sollen sie sein,
die die Geschäfte des Auslands besorgen! O, bitte, lieber
nicht weiter, wir kennen ja den Text!

Wir deutschen Sozialdemokraten kennen den Text, wir
haben ihn in seiner nationalstischen Umstülpung tausendmal
zu hören bekommen, und wir wissen, er unterscheidet sich von
der ewigen Litanei unserer Nationalen nicht mehr als ein
echt deutscher Kriegerveteran von der Anglistrophe eines
unfranzösischen Veteranen. Nur mühsam kämpft die Vernunft
um internationale Anerkennung. Einweilen ist nichts so
international wie der chauvinistische Blödsinn.

Wir wundern uns darum auch gar nicht, daß zur selben
Zeit, da die französischen Genossen endgültig als „Preussens“

entlarvt worden sind, der patriotische Charakter der deutschen
Sozialdemokratie von denselben Postenrhetoren einmündig
festgestellt worden ist. Ober nein, nicht bloß Patrioten sind
wir deutschen Sozialdemokraten, wir sind sogar Imperialisten!
Ein französischer Professor hat das neulich in einer gelehrten
Broschüre an der Hand von Hildebrand, Deulinger und an-
deren anerkannten Vorführern der deutschen Sozialdemokratie
nachgewiesen, und die ganze französische Nationalistenpresse
ist sich nun einig darüber, daß die deutsche Sozialdemokratie
von nationalistischer Kriegslust und militaristischem Eifer über-
schäumt, während diese schüchternen französischen Sozialdemo-
kraten dahingehen und ihr Vaterland verraten!

Wenn im Reichstag die deutsche Militärvorlage zur
Beratung kommt, werden wir die Vaterlandsverräter sein,
Französlinge, Völbrenner und Agenten des Auslandes. Man
wird uns raten, den deutschen Staub von den Füßen zu
schütteln. Man wird uns unsere französischen Genossen vor-
halten, die soeben ein bewunderungswürdiges Beispiel ihres
Patriotismus geben, und uns haarklein beweisen, daß die
deutsche Sozialdemokratie allein unter allen sozialdemokratischen
Parteien der Welt wirklich vaterlandlos ist.

Und die französischen Chauvins werden für diese pra-
ktische, bewährte Methode nicht einmal Urheberrechte geltend
machen dürfen. Denn diese Methode ist nicht von heute und
gestern, sie gehört nicht bloß Frankreich oder Deutschland, sie
ist das internationale Gemeingut der Dummköpfe und Säugner
aller Länder der Welt.

Den Denkfähigen und Ueberlegenden wird aber hoffent-
lich der klassische Patriotenruf aus der französischen Kammer
ein Licht aufleuchten. „Seht in den Reichstag, Preussens!“
„Laßt nach der Pariser Kammer, Französlinge!“, aus dem
Chauvinistischen ins Albeutsche überseht. Wie wenn das
Wort eines Tages wahr würde? Wenn französische Sozial-
demokraten als Vertreter der Mehrheit ihrer Nation zum
deutschen Reichstag kämen, deutsche Sozialdemokraten in der
gleichen Eigenschaft zur französischen Kammer! Wenn die
Vertreter beider Völker sich einmal mit einander an den Be-
ratungstisch setzten, um gemeinsam zu erwägen, wie man der
wachsenden Belastung der Völker ein Ende machen könnte?
Was würde die Folge sein?

Frankreich könnte zunächst auf die dreijährige Dienstzeit
verzichten und die 500 Millionen Franks sparen, die es für
die neue Militärvorlage ausgeworfen hat. Deutschland
kame um die einmalige Abgabe von einer Milliarde und um die
dauernde Mehrbelastung seines Etats um rund eine
Achtelmilliarde jährlich herum. 116.000 Mann könnten in
Frankreich, 168.000 in Deutschland, statt ihr Gewehr
spazieren zu führen, Acker bestellen, Lächer weben, Kleider
anfertigen, Häuser bauen. Gemeinsame Ersparnis: rund
75 Millionen Arbeitstage und eine halbe Milliarde Mark
pro Jahr!

75 Millionen Arbeitstage und eine halbe Milliarde
Mark pro Jahr wollen Frankreich und Deutschland mehr als
bisher verschleudern, um nachher im Verhältnis zu einander
wieder so stark zu sein, wie sie es zuvor schon waren. Und
weil die deutsche und die französische Sozialdemokratie ge-
meinsam diesem Wahnsinn wahren wollen, heißt es
„Preussens!“ dort, „Französlinge“ hier, Vaterlandslose,
Landesverräter auf beiden Seiten.

Die Sozialdemokratie in Deutschland
und in Frankreich hat schon in ihrer Ver-
gangenheit durch ihre Haltung das perfide
Doppelspiel der Chauvinisten und Rüstungs-
interessenten beider Länder entlarvt, die
in Frankreich die Begünstigung des Milita-
rismus durch die deutsche Sozialdemokratie
und in Deutschland die Begünstigung des
Militarismus durch die französischen Sozial-
listen dem Volke vorspiegeln. Die gemein-
same Bekämpfung des Chauvinismus haben
und drüben, das gemeinsame Eintreten für
ein friedliches und freundschaftliches Zu-
sammengehen muß dieser dreifachen Fre-
fährung der Völker ein Ende bereiten.

So klingt aus dem deutsch-französischen Sozialisten-

manifest vom 1. März 1918 die Stimme der internationalen
Vernunft. Einer internationalen Vernunft, die jeder
Nation das ihre läßt, ihr Recht auf ihre Besonderheiten
und ihre freie Entwicklung anerkennt. Der Nationalismus
hingegen treibt internationale Gleichmacheret. Dieselben
Gehträge, dieselben Zylinder, dieselben Phrasen, dieselben
Säugner! Überall die gleichen erdrückenden Lasten, überall
derselbe Haß vor Ehrlichkeit, Menschlichkeit, Wahrheit —
und schließlich für alle dieselbe Schlachtabart!

Wir aber deutsche und französische Sozialisten, kämpfen
in gemeinsamer Kampflinie gegen die gleichen Narren mit
verschiedenen Kokarden, gegen den chauvinistischen Scheinbund
der Dummköpfe aller Länder!

Konservative Deckungsorgen.

Der erste Kauf über die geniale Art, in der die ein-
maligen Ausgaben für die Militärvorlage gedeckt werden
sollen, ist rasch verflohen. Je näher die Zeit kommt, zu der
wirklich gezahlt werden soll, je mehr hängt dem Besitz darum,
sich wirklich von seinem Gelde zu trennen. Im „Tag“
war vorgeschlagen worden, bei einem Vermögen von 200 000
Mark 1/4 vom Hundert, bei einem Vermögen von einer Mil-
lion 1/2 vom Hundert, bei höheren Vermögen aber 4 vom
Hundert als Satz dieser einmaligen Abgabe festzusetzen. Be-
gründet wurde diese Staffelung damit, daß die Abgabe mög-
lichst von den Zinsen und Erträgen und nicht vom
Stammvermögen gedeckt werden sollte. Gegen diesen Vor-
schlag wendet sich die „Kreuzzeitung“ sehr energisch. In der
bekannten Bescheidenheit der Junker, die sich besonders
beim Zahlen nicht gern vorbringen, erklärt das konservative
Blatt:

Unseres Erachtens lassen sich die Grundsätze, daß die Ab-
gaben möglichst die Vermögensfähigkeit berücksichtigen und mög-
lichst ohne Inanspruchnahme des Kapitalstammes gezahlt
werden sollen, viel besser als durch Staffelung der Steuer nach
der Höhe des Vermögens und der Einkünfte erreichen, etwa derart,
daß man in allgemeinen einen
gleichen Satz festsetzt. In der von bestimmten Einkommen,
vielleicht 5000 oder 6000 Mark abwärts ermäßigt. Denn das
Kapital eines Beamten, Rechtsanwalts, Arztes usw., dessen
Zinsen das übrige Einkommen um vielleicht 4000 Mark er-
höhen, gleich hoch heranzuziehen, wie das Kapital einer Witwe,
die mit ihren Kindern von den 4000 Mark leben soll, geht
doch nicht an. Man wird also die technischen Schwierigkeiten
einer solchen Veranschlagung auch der Einkommen wenigstens
bei den kleineren und mittleren Vermögensstufen schon in Kauf
nehmen müssen.

Hinter dieser auffälligen Sorge für die Witwen, die
die Konservativen bekanntlich auch bei der Erbschaftsteuer an
den Tag legen, verbirgt sich natürlich nur die Furcht der
Junker, daß der große Grundbesitz gehörig bluten müßte, wenn
schlechthin eine prozentuale Abgabe vom Vermögen erhoben
würde. Dadurch, daß das Einkommen der Steuerabstufung
zugrunde gelegt wird, hofft man, das mobile Kapital wesent-
lich stärker treffen zu können, als den Grundbesitz.

Die „Kölnische Volkszeitung“ teilt mit, daß die Regie-
rung Vorlage getroffen habe, um vor dem Inkrafttreten des
Gesetzes über die einmalige Vermögensabgabe eine Abwan-
derung deutschen Kapitals ins Ausland zu verhindern. Es
werde daran gedacht, die Banken zur Auskunftserteilung zu
verpflichten, eine Auskunftserteilung, die sich auch rückwärts
auf die Anordnungen der Bankkonteninhaber erstrecken soll.
Man glaubt auf diese Weise das etwa ausgewanderte Ka-
pital mitfassen zu können und will es, immer nach der An-
gabe der „Kölnischen Volkszeitung“, dadurch strafen, daß
ihnen etwaige Zahlungsverleichterungen nicht gewährt werden.

Wenn die Mitteilungen des Kölnischen Zentrumsblattes
der Wahrheit entsprechen, dann dürften sich die Absichten der
Regierung daraus erklären, daß schon jetzt große Summen
deutschen Kapitals ins Ausland gewandert sind. Wie uns
von durchaus zuverlässiger Seite versichert wird, sind bald
nach dem Bekanntwerden der Regierungsabsichten sehr erheb-
liche Kapitalien nach der Bank von London und nach anderen
großen ausländischen Bankinstituten gewandert.
Der Patriotismus der besitzenden Klassen!

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schallier.

17] Im nächsten Augenblick erschien ein Wesen in der Tür,
das wie ein halbblinderer Bursche aussah, in Wirklichkeit aber
bereits über die Zwanzig war. Die amüßliche Gesicht wurde
immer von einem leichten Lächeln durchzogen und mit aufgerich-
ten und verängstigten Augen blickte er gespannt zu Axel hin-
über. Es war ein schwächlicher Mensch, der Axel aus Wirt-
scheld in seine Dienste genommen hatte. Er hatte zunächst in
einer Zigarrenfabrik gearbeitet; er wurde dabei aber immer
leidenschaftlicher und drohte die Schwindhant zu kriegen. Die
Zugänge ließen mit wildem Geschrei hinter ihm her, sobald
er sich blicken ließ. Axel hatte den höchsten Anblick nicht er-
tragen können, ließ ihn gründlich waschen und nahm ihn in
sein Haus. Er mochte in Gottes Namen Botengänge und ähn-
liche Dinge besorgen, und das tat der arme Leutzel auch mit
einem Respekt vor Axel, der an Unbequemlichkeit grenzte. Im Laufe
der Zeit hatte er sich dann als ungewöhnlich nützlich und in
seiner Art unerschütterlich erwiesen. Der Sonntag, den Axel ihm
gab, sah ihm wie ein Vogel im Gehirn, und ohne recht zu
wischen zu können, trübte er nach dem Orte, nach dem er geschickt
werden mußte. Er lief immer in leichtem Trab, weil er immer
noch die Angst vor der Schwindhant in den Gliedern hatte. Im
nächsten Augenblick war er in seinen armen Schuhen. Wenn Gänge zu
erledigen waren, von denen das Kontorpersonal nichts zu wis-
sen konnte, sendete Axel den jungen Menschen mit einem Briefe
an seine Frau, daß an diesem Gange keine Kombinationen
gemacht werden sollten. Es fragte ihn niemand, weil jeder
wußte, daß er keine Antwort zu geben vermochte. Selbst aber,
wenn er eine Antwort hätte geben können, hätte man nichts von
ihm erfahren. Man hätte ihn mit glühenden Zangen zwischen
Sonne und ihre Erde hätte über seine Rippen genommen. Er
sah seinen Auftrag ausführen und weiter nichts; sobald
sein Herr verließ, ließ er den Brief besorgen, ohne daß ihm
etwas dabei zu Hilfe gekommen wäre. Axel war der große
Herr seines Hauses, der aber anderen Menschen hatte er eine
schonungslosige Achtung: denn ihm war niemand wichtiger, als er
selbst. In seinen Augen wurde er in einem letzten
Augenblick „Schwindhant“ genannt, weil er immer in einem letzten
Augenblick und ohne eigenen Willen durch die Straßen lief
zu seinen Herren, was ihm, daß Axel ihn ins Haus genommen
hatte, die Strafe für seine unglückliche Schwindhant beten sollte.
Er war ein Mann von fünf und neunzig Jahren, und das
war seine Frau, die ihm und seiner Schwindhant, und das

ließ er in seinem gewohnten Trab dem gesteckten Ziele zu. Axel
aber wurde durch ein Klingelzeichen zum Essen gerufen, und
bald sah er in dem etwas dunklen aber großen und behag-
lichen Speisezimmer mit seinen beiden Schwestern am Tische.

Der Wirt von der „Baldeuse“ kam in wilder Erregung
den schmalen Fliesenpfad herunter, der nach der Strandprome-
nade führte. Er sah nicht, daß die Sonne klar und schon die
blaue Höhe bestrahlte; er sah nicht, daß die Felder und Wälder
auf der anderen Seite der Bucht in der durchdringenden Herbst-
luft zum Greifen nahe waren; er fühlte nicht, daß eine fast
sommerliche Wärme über der Landschaft lag; in seinem In-
nern raste ein Aufruhr, der ihn gegen die Umwelt völlig teil-
nahmlos machte. Am Vormittag hatte er erfahren, daß Dag-
mar von Lorenz Asmusen gewonnen worden war, und jetzt
an seinem Nachmittag raste er den Weg hinunter, um ihn zur
Rede zu stellen. Ihn war nicht weniger als alles verdorben.
Nach dem starken Erfolg der Abfahrsfeier hatte er eine Weile
überlegt, ob es nicht von Vorteil sein könnte, Dagmar auch im
Winter zu behalten. Unter allen Umständen aber wollte er sie
im nächsten Sommer haben; sie war die beste geschäftliche Idee,
die er seit Jahren gehabt hatte, und nun saß ihm dieser Lor-
renz Asmusen die besten Kräfte dieses alten Jähns so viel
wertvoller als ein neues Geschäft. Eine neue Geschäftsidee, die anderen
Damen hinterläßt die besten Kräfte einfach wegzuhauen! Er be-
griff jetzt sehr gut, warum der alte Philister am Nachmittag im-
mer so fremdlich gegen Dagmar gewesen war. Er hatte sei-
nen Plan gehabt und hatte nun seinen Zweck erreicht. Wenig-
stens aber sollte er von ihm die Wahrheit hören. Er wollte
ihne die Frage vorlegen, ob Dagmar nicht etwa seine geschäft-
liche Idee gewesen sei, und dann sollte er ihm selber sagen,
wie er darüber dachte, anderen Leuten auf diese Weise in den
Erwerb zu gehen. Wenn noch ein Funken von Ehrgeiz in
ihm war, wachte er ihn ja Dagmar für den Sommer lassen;
derartige Kräfte, die man in ganz Schleswig-Holstein mit der
Palmen fassen konnte, waren ein Verbrechen einem anderen doch
nicht so ohne weiteres weg. Er war ungewöhnlich auf der Schiff-
brücke angelangt und raste weiter; aus seiner Wirkkraft trat
ein Bekannter heraus und rief ihm mit lauter Stimme: er
hätte aber nichts mit ihm in seinem Aufruhr mehr. Von
der eingelegten Schiffbrücke führte nach ein Strandweg am
nördlichen Ende der Bucht entlang, und von Asmusens Haus
am Strandmarkt zog sich ein langgestreckter Garten zu diesem
Weg hinunter.

Als der Wirt an der Gartenschleuse angelangt war, hielt
er zum ersten Mal inne und sahte Ordnung in seine Gedanken

zu bringen. Es ging ja nicht, daß er in dieser Aufregung vor
Lorenz Asmusen erschien. Wie die Dinge lagen, war mit Ge-
walt ja gar nichts auszurichten. Asmusen hatte ein festes En-
gagement in Händen; es war lediglich seine Sache, ob er ihm
entgegenkommen wollte. Er mußte zunächst versuchen, in aller
Ruhe etwas zu erreichen; wenn das sich dann als unmöglich
erweisen sollte, konnte er seine eigentliche Herzensmeinung im-
mer noch an den Mann bringen. Der geschäftliche Instinkt ge-
wann die Oberhand und etwas bestrebt, aber doch ruhig und
besonnen, kam er in Asmusens Gaststube hinein. Er bestellte
ein Glas Bier, nahm Platz und eröffnete dann das Gespräch.

„Hören Sie, Asmusen, ist das wahr, was die Leute
sagen? Haben Sie vom 1. Oktober an Dagmar Engelbrecht als
Haushälterin angenommen?“

„Ja, das stimmt in jeder Beziehung“, sagte Asmusen
ruhig und setzte sich zu ihm an den Tisch.

„Damit haben Sie mir einen bösen Schaden zugefügt. Ich
habe doch eigentlich den Gedanken gehabt, sie in der Wirt-
schaft zu verwenden, und hatte für den nächsten Sommer mit
ihrer Arbeitskraft gerechnet.“

„Ich füge keinem Menschen einen Schaden zu und auch
Ihnen nicht“, sagte Asmusen und blickte ihm mit seinen ernsten
Augen an.

Dem Wirt wurde etwas unbehaglich zumute. Wenn
Asmusen einen so anstöß, konnte man den Augen nur schwer
entkommen.

„Ja, aber...“ begann er einen Einwand, kam aber nicht
heraus damit.

„Wenn Ihnen Bedauern Dagmar nicht entbehrenlich ist, soll
sie im Sommer ruhig zu Ihnen gehen. Der Sommer ist für
mich die beste Zeit und außerdem nehme ich Ihnen natürlich
Ihre beste Kraft nicht so ohne weiteres weg.“

Der Wirt kam sofort in eine leichte und freie Stimmung;
Asmusen war nun doch ein Ehrenmann. Ein anderer hätte
Dagmar nicht so leicht weggegeben, wenn er sie einmal hatte.
Um sich erstens zu zeigen, bestellte er eine Flasche Wein,
und bald steckte er mitten in einer langen Schilderung, die
Dagmars wirtschaftliche Tugenden zum Vorwurf hatte; beson-
ders dem Personal gegenüber war sie ein ganz unbeschreibliches
Fremdenzimmer. Asmusen hörte gern und in ernsten Ge-
danken zu.

„Sehen Sie“, sagte er dann, das ist es ja eben. Einem
solchen Mädchen muß man entgegenkommen, wenn sie auf dem
rechten Wege kommt.“

Rechtlich Verurteilt beim Zentrum?

Der „Bayerische Kurier“, ein wackelndes Zentrumsblatt, findet wenig Geschmack an der Vermögensabgabe. Kein Wunder, die braven Maßbürger und die bayerischen Großbauern werden nicht schlecht fluchen, wenn sie ausrechnen, wieviel Maß Bier man trinken kann für den Beitrag, der ihnen da abgeknöpft werden soll. Daher meint das fromme Blatt schließlich:

Der Militarismus frisst uns. Nur mit Wangen kann der wahre Vaterlandsfreund die Frage sich vorlegen: Wohin soll das führen? Heute kosten uns fünf Jahre Frieden soviel oder mehr als ein verlorener Krieg von gestern. Der wahre Patriot bringt gern Opfer für die Sicherheit des Vaterlandes. Aber nunmehr liegen die Verhältnisse bald so, daß der echte Patriotismus sich die tiefste Frage vorlegen muß: Kann dieses uferlose Mühsalstreiben noch lange so weitergehen? Ist die Unruhe, die Unzufriedenheit die Währung, welche dieses unausgesehnte, ständige, immer mehr und mehr forcierte Anziehen der Steuerfahne in allen Schichten der Bevölkerung erzeugt, schließlich nicht ein gefährlicherer Feind des Vaterlandes als jeder auswärtige Gegner? Wird nicht so Jahr für Jahr von den Reiternden der Boden frucht gedüngt, aus dem die Sozialdemokratie, der Anarchismus, die Revolution herauswächst? Ist da nicht schließlich eine plötzliche Explosion der europäischen Spannung der Steuerfahne ohne Ende vorzuziehen? Wie wäre es, wenn das Parlament einmal wieder bremsen würde aus Patriotismus, aus wohlverstandener und wohlhersehender Liebe zur Nation ohne Angst und Bangen vor der Entsehung der Durastimmung? Reich und Bundesstaaten stürzen auf dieser schiefen Ebene unaufhaltsam in die Tiefe.

Ganz aufgeben? Schade, daß das Zentrumsklatsch nicht diese vernünftigen Gedanken kam, als 1909 seine Partei das „forcierte Anziehen der Steuerfahne“ übte, um die Massen zu brandstücken. Doch lieber spät, als nie!

Konservative Quertreiber. Die „Kreuzzeitung“ versucht sich in ihrer letzten Wochenschau mühsam auf ihre Art mit dem Gedanken der Vermögensabgabe abzufinden. Sie tut es mit Ach und Weh und Bann und Aber und mit tausend Vorbehalten. Vor allem soll natürlich um Gottes Willen „kein Präzedenzfall“ geschaffen werden. Dann kommt sie feuchend auf die Frage der dauernden Ausgaben zu sprechen und sagt:

„Wenn es auch keineswegs wünschenswert ist, so ist es doch nicht ausgeschlossen, daß auch zum Zwecke der Deckung der fortlaufenden Ausgaben an eine Besitzsteuer gedacht wird. In Bezug auf die Erbschaftsteuer hat sich die Stellung der konservativen Partei nicht geändert. Aus den tausendmal wiederholten Gründen sind wir für diese Form der Besitzsteuer nicht zu haben.“

Um der Erbschaftsteuer aus dem Wege zu gehen, erwärmt sich die „Kreuzzeitung“ sogar für den Gedanken, die dauernden Kosten der Militärvorlage durch Abgaben der Einzelkämpfer zu decken, also durch stark erhöhte Matrikularumlagen ausbringen zu lassen. Daß die Matrikularumlagenwirtschaft einen Rückschlag in die Zeit der schlimmsten Finanzwirren bedeutet, schiert sie wenig, wenn nur die Besitzsteuerfrage aus der gefährlichen Nähe der roten Hundertzahn in die Sicherheit des preussischen Dreiklassenparlamentes verschleppt werden kann. Es ist der alte Junkergeist, der lieber das Reich zugrunde gehen läßt, als daß er etwas von seinem großen Prinzip opfert, das da lautet: Salte, was du hast!

Wilhelm II. soll Ruhe haben. Admiral Coerper der Chef des Kommandos der Marineflottille der Ostsee, hat an die beteiligten Kreise folgende Verfügung erlassen:

Aus Stationstagesbefehl Nr. 61 vom 26. Februar 1913. Um die Ruhe S. M. nicht zu stören, dürfen Dampfschiffe und Motorboote die kaiserliche Yacht oder das Schiff oder Fahrzeug, auf dem S. M. ruhen, bei Tag und bei Nacht und bei langsamer Fahrt und geringer Rauchentwicklung, und wo der Platz, wie z. B. im Kieler Hafen, es gestattet, in einem Mindestabstand von 200 Metern passieren. Signale mit Feuer, Dampfschiffen oder Signalen sind möglichst einzuschänken. Vor 8 Uhr darf mit Motorbooten längs der kaiserlichen Yacht nicht angelegt werden. Passierende Motorboote haben eine geräuschlose Fahrt anzunehmen.

hoffentlich erinnert sich der Chef des Marinekommandos der Ostsee noch anderer Ruhebedürftiger. Nicht am Kieler Regeleisen liegen die Krankenanstalten der Kieler Universität. Man darf wohl erwarten, daß jetzt bald ein Stationsstagesbefehl erscheint, der mit Rücksicht auf die Kranken das Salutschließen bei Ankunft oder Abreise des Kaisers verbietet.

Die Kosten der Militärvorlage. Die einmaligen Kosten für die Militärvorlage betragen, wie die „Tägliche Rundschau“ erfährt, genau 994 Millionen Mark. Zu der Frage, wie die Deckung für die dauernden Ausgaben zu beschaffen sei, teilt das genannte Blatt mit, daß auch die bayerische Regierung sicherlich sich gegen eine Vermögensabgabe zu erklären wird. Was die Erbschaftsteuer anbetrifft, so wird Bayern zwar nicht dafür sein, wird aber, falls im Bundesrat die Erbschaftsteuer eine Mehrheit findet, sich dieser Mehrheit fügen, und zwar mit Rücksicht auf die Tatsache, daß Bayern vor vier Jahren schon mit der Erbschaftsteuer einverstanden war. Der jetzige bayerische Ministerpräsident sei zwar persönlich ein Gegner der Erbschaftsteuer, werde aber jene Tatsache berücksichtigen.

Der Boykott deutscher Waren in Bulgarien.

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt hat auf die von dem nationalliberalen Abgeordneten Dr. v. B. in Reichstag gezielte Anfrage wegen des Boykotts deutscher Waren in Bulgarien folgende schriftliche Antwort erteilt:

„Ein unbedeutender bulgarischer Vermittlungsmann in Sofia machte Ende Januar den Versuch, die einheimische Kaufmannschaft, besonders die kleinen Geschäftleute für den Boykott eines Boykotts deutscher Waren zu gewinnen. Seine Bemühungen fanden jedoch in der bulgarischen Kaufmannschaft so wenig Anklang, daß er die Werbestelle nach kurzer Zeit wieder einstellte. Daß unser Handel unter dem Boykottplan leiden sollte, darf als ausgeschlossen betrachtet werden. Nach Maßnahmen der kaiserlichen Vertreter in Sofia, die

seit mehr als Monatsfrist die Angelegenheit verfolgen und wiederholt, zuletzt in diesen Tagen, darüber berichtet haben, hat die bulgarische Regierung den Treibern von Anfang an völlig ferngehalten. Sie hat, umgekehrt, gleich bei dem ersten Ausfließen der Bewegung der Handelskammer in Sofia nahegelegt, sich dem Unwesen nötigenfalls insoweit entgegenzustellen. Die Handelskammer hat dem Veranlasser des Boykottversuchs zu verstehen gegeben, daß die bulgarische Kaufmannschaft froh sei, wenn sie auch weiterhin auf den Kredit und die Mitarbeit der deutschen Industrie rechnen könne.“

Ein Angriff auf die Humanität der Abgeordneten.

Nach dem Genossen Richard Fischer sollte am Sonnabend auch Genosse Abg. Duarc in Frankfurt vor dem Untersuchungsrichter als Zeuge in einem Ermittlungsverfahren gegen „Unbekannt“ über die Herkunft der Mittelungen vernommen werden, die er in einer Reichstagsrede vom 1. Februar gelegentlich der Lebensmittelerzeugung über Differenzen zwischen dem Reichsanwalt und der bayerischen Staatsregierung in Frage der Deckung für Zollgrenzen für Schweizer Fleisch gemacht hatte. Ebenso wie Genosse Fischer lehnte natürlich auch Genosse Duarc jede Mittelung über etwaige Gewährsmänner mit Hinblick auf seine Abgeordneteneigenschaft und die Unehrenhaftigkeit eines solchen Annehmens ab. Damit war diese Staatsaktion vorläufig beendet.

Die Müll wird in Brechen unter Polizeiaufsicht gestellt. Bei der Beratung des Staats für Kunst und Wissenschaft in der Budgetkommission des Reichstages gab die Regierung auf konzervative Anregung die Erklärung ab, daß zur Bekämpfung der Müllstände im Müllkürerrecht bei der Novellierung der Reichsgewerbeordnung auch die Müllkonservatorien der Konzessionspflicht unterstellt werden sollen. Uebrigens werde man, so erklärte der Minister, auf Grund der neuen Rechtsprechung des Reichsgerichts über die Untergerichtsbarkeit gegenüber den Müllständen im Müllkürerrecht von der Kabinettsorder von 1884 mehr Gebrauch machen können. Bisher hat man diese Kabinettsorder bekanntlich nur zur Bekämpfung von Jugendbildungsanstalten der Arbeiterklasse zu verwenden für nötig befunden.

Der Grundstücksverkauf für das Dreiklassenhaus. Der Nachtragsetat von 6 Millionen Mark zur Sicherung des Baubudgets am Abgeordnetenhaus in Berlin für Staats- und Reichszwecke wurde von der Budgetkommission des Reichstages angenommen. Jedoch wurde dabei geltend gemacht, daß der Reichstag vielleicht diese ganzen Transaktionen des Kriegskabinetts vernichten werde. Man erfuhr, daß der Neubau für das Militärkabinett in der Viktoriastraße in Berlin bereits vollendet ist, ohne daß der Reichstag sich überhaupt dazu hat äußern können. Dieser Umstand dürfte kaum dazu beitragen, die Grundstückspreise des Militärkabinetts dem Reichstage plausibler zu machen.

Zur Landtagswahlwahl in Teltow-Beetzow-Wilmersdorf. Bei der Landtagswahlwahl in Teltow-Beetzow-Wilmersdorf werden sich die sozialdemokratischen Wahlmänner entsprechend einem Beschluß der Generalversammlung des Kreises nicht an der Abgeordnetenwahl beteiligen. Diese Haltung ist der Partei aufgezwungen durch das Verhalten des Freisinnigen, der sich durch sein Bündnis mit den Nationalliberalen ein „laudinisches Joch“ aufgeschuldet hat. Der Freisinn will und darf der Sozialdemokratie keinerlei Gegenleistungen gewähren und deshalb hat auch die Sozialdemokratie keine Veranlassung, den Freisinn herauszuheulen. Wenn bei dieser wie bei den kommenden allgemeinen Landtagswahlen die Reaktion glänzende Geschäfte macht, so verdankt sie das dem fortschrittlich-nationalliberalen Bunde.

Rußland.

Zur Aufhebung des Generalkreises in Ungarn.

Hart vor der Entscheidung, gerade im letzten Momente, hat die Leitung der ungarischen Sozialdemokratie den zur Genüge vorbereiteten Generalkreis für die Erlämpfung der politischen Rechte auf unbestimmte Zeit verlagert und die Arbeiter des ganzen Landes zur Fortsetzung der Arbeit und zur Ruhe aufgefordert. Und diese, aus den verschiedensten Nationen und verschiedensten Elementen zusammengesetzte Arbeiterklasse hat, wenn auch zum größten Teile unwillig und mit Mühe, sich dem Gebot der Parteileitung unterworfen. Auch die Gewalthaber waren von der Macht der Arbeiterführer überrascht. Wie mit einem Zauberstrich verschwanden die an allen Straßenecken aufgestellt gemessenen Gendarmen- und Polizeistationen, die vor den staatlichen und kaiserlichen Gebäuden aufgestellten Soldaten marschierten ab, die hauptstädtische Bevölkerung wagte wieder aufzuatmen.

Und ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit brühten die Zeitungen der Parteileitung Anerkennung aus, die mit ihrem Entschluß das ganze Land vor einer Katastrophe bewahrt hatte. Nicht nur von feindlicher Seite, auch in den Reihen der eigenen Partei gab es viele, die da glaubten, daß die Parteileitung vor den Opfern zurückschrecke, die der Generalkreis fordern könnte. Wenn in der Stunde der Entscheidung vielleicht dieser Gedanke bei den leitenden Männern nach wurde, war es nur die Furcht vor überflüssigen Opfern. Ueberflüssig scheint der Parteileitung die Anwendung dieser letzten und fürchterlichen Waffe jetzt, denn die Ereignisse der letzten drei Tage zeigen, daß diese Regierung in sich selbst zusammenbrechen wird. Das Meer von Schmutz, das sich von Tag zu Tag auf die Partei der Panamisten wälzt, muß den Boden der Regierungspartei sprengen. Der Umstand, daß diese Regierung in der Stunde der höchsten Gefahr, damals, als die Opposition in den Reichstag zog, kaum die Hälfte ihrer Getreuen aufbringen konnte, zeigt zur Genüge ihren Niedergang.

Auch das Verhalten der Opposition veranlaßt die Parteileitung zu ihrer Entscheidung. Man war der Meinung, daß die Opposition am Dienstag revolutionäre Wege im Parlament einzuschlagen werde. Die Revolution der Straße sollte die Revolution im Parlament stützen. Aber diese Opposition begnügte sich mit einer bloßen Deklaration und entfernte sich wieder ruhig aus dem Parlament. Die Revolution der Straße wäre demnach nieher isoliert geblieben.

Ob nun das Vorgehen der Opposition der Auffassung entsprang, daß die Regierung und ihre Partei ohnehin unter der Last ihrer Sünden zusammenbrechen, oder ob andere Motive maßgebend waren, muß in Frage gestellt werden. Wie dem auch sei, die Parteileitung fand es im gegenwärtigen Momente für unangebracht, zur Anwendung der letzten Waffe zu schreiten. Es stand zu viel auf dem Spiel. Die Rolle dieser politischen Hochstapler, die heute noch die politische Macht besitzen, wäre vor dem größten Wüteregieren nicht zurückgeschreckt, sie hätte in den Augen der öffentlichen Meinung sich als Retter des Landes aufgestellt und damit ihre Schwäche position wieder gestärkt und gefestigt.

Der ungarische König, der von dieser Gesellschaft die Bewilligung seiner militärischen Fordeungen hofft, hat ihr die gesamten Machtmittel zur Verfügung gestellt: 40.000 Soldaten mit Gewehren, aufgeschuldeten Rekruten und Maschinen-Gewehren standen kampfbereit in den Straßen der Hauptstadt und in den Industriebezirken des ganzen Landes sammelte es von Truppen. Es schien als ob ein großer Sieg, wenn die Parteileitung, die wohl von außerordentlichen Parteilagen den Auftrag erhalten hatte, im geeigneten Momente den Generalkreis zu beginnen, den Auftrag jetzt vollziehen und die Massen der Arbeiterklasse auf die Schlachtbank geföhrt hätte. In Erwartung ihrer Kraft konnte die Partei ruhig die Verlangung des Generalkreises beschließen und die Arbeiterklasse ließ die leitenden Männer nur ein Bedenken stehen: die Befürchtung, daß die Arbeiterklasse nach dem Generalkreis

diszipliniert, die Erbitterung der Massen gegen die bürgerlichen Gewalthaber so groß sei, daß sie sich dem Beschluß der Leitung nicht fügen und die begehrte, kampfbereite und opferwillige Menge nicht mehr vom beabsichtigten Generalkreis abzuheben sein werde. Erst nach dem Erscheinen des Manifestes, das die Arbeiterklasse vom Beschluß der Parteileitung in Kenntnis setzte, wurde klar, daß das Bedenken der Parteileitung in dieser Beziehung gerechtfertigt war.

Wer in den Organisationen, auf der Straße von revolutionärem Feuer befehle Arbeiter beobachtete, wie sie vor Horn die Häute ballten, das Manifest zerrißen und in Gruppen ihrer Erregung Ausdruck gaben, mußte befrachten, daß ein Entsetzen nicht mehr möglich war, und dennoch siegte die Disziplin über die Erbitterung; den besonnenen Genossen gelang es, die Leidenschaft zu bezwingen. In der sofort einberufenen Konferenz sprachen die Mitglieder der Parteileitung zu den erregten Massen, und es gelang, die entstellte Waffe zu überzeugen, daß der Beschluß der Parteileitung unbedingt eingehalten werden muß. Entscheidend war bei der Beschötigung der Massen, daß der Generalkreis nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben sei. Dies befähigte die revolutionäre, kampfbereite Masse und läßt den für die Zukunft geplanten Massenstreik noch viel wirksamer erscheinen.

Die dreijährige Dienstzeit in der Kammer.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 7. Februar: Wer die gestrige Kammer Sitzung mitgemacht hat, vergißt sie in seinem ganzen Leben nicht wieder. Der Kriegsminister Atteneur brachte den Gesetzentwurf zur Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ein; und die Sozialisten gaben ihm sofort die Antwort darauf. Wir protestieren gegen diesen für die Republik mörderischen Schlag“, rief Baillant — „das ist Wahnsinn, Wahnsinn, Wahnsinn“, rief Jaurès; und im selben Augenblick fanden die zweiundneunzig sozialistischen Abgeordneten wie ein Mann auf und protestierten in leidenschaftlicher Form gegen den Handreich der militärischen Reaktion. Oben auf der Tribüne stand der Kriegsminister, ohne ein Wort sprechen zu können. Von Zeit zu Zeit verlas er ein Teil seiner Rede, die niemand hörte als die Stenographen. Dazwischen brüllte die Rechte und das Zentrum: „Es lebe Frankreich“ — „Nieder mit der Reaktion“, antworteten die Sozialisten im Chor. Herr Deschanel, der Kammerpräsident, wollte nicht, was er tun sollte; dreimal gab er sich den Anschein, als ob er die Sitzung aufheben wollte, aber schließlich blieb er immer wieder sitzen. Dafür rückte er sich am Publikum, indem er plötzlich die Tribüne auf kurze Zeit räumen ließ. Trostlos war die Haltung der Radikalen; während die Rechtsparteien dem Minister zustimmten, blieben sie ruhig sitzen, ohne sich zu rühren. Dem sozialistischen Protest schloß sich angeschlossen, reagierten sie auch nicht, obwohl sie fühlten, daß es einzig und allein die Sozialisten waren, die den guten demokratischen Traditionen der Republik treu blieben und rücksichtslos der Reaktion trotzten. Ihre Presse schlägt heute Morgen ebenfalls einen halb kalten, halb warmen Ton an. Dagegen wütet die reaktionäre und die gemäßigten Presse gegen die Sozialisten: „Anarchisten“ und „Verbrechergesellschaft“ gehören zu den mildesten Worten, die auf Jaurès, Baillant und die übrigen sozialistischen Parlamentarier angewandt werden. Die Herren hatten zweifellos geglaubt, daß der Betrug gegen die deutsche Sozialdemokratie unsere französischen Genossen einschüchtern würde; die revolutionäre, rebellische Haltung der sozialistischen Kammerfraktion hat sie darüber belehrt, daß sie sich schwer täuschen. Und die übrige Aktion der sozialistischen Partei im ganzen Land gegen die dreijährige Dienstzeit wird ihnen ebenfalls zeigen, daß die Arbeiterklasse nicht gewonnen ist, sich ohne weiteres den Rückschlag gefallen zu lassen. Schon haben in der Provinz die Protestversammlungen begonnen; gestern Abend hat eine in dem Pariser Vorort Saint-Denis stattgefunden, die von viertausend Arbeitern besucht war, deren Empörung sich in dem folgenden Beschluß kundgab, den sie den sozialistischen Rednern spendeten. Außerdem wird die Zentral-Parteileitung eine Reihe von Broschüren über die militärische Frage und die Militär, dann zwei für die jetzige Propaganda besonders geschriebene Broschüren von Jean Longuet über die deutsche Sozialdemokratie und der Militarismus“ und von dem sozialistischen Hauptmann Kessel über die „Volksbewaffnung“ verbreiten. Das deutsch-französische Manifest wird in zweihunderttausend Exemplaren verteilt, und außerdem auf zehntausend Plakaten in ganz Frankreich angehängt. Die französischen Genossen sind überzeugt, daß die Agitation der deutschen Partei nicht weniger intensiv sein wird; darauf weisen sie all bei ihren Manifestationen hin, um die Folgen der bürgerlichen Presse zu widerlegen, wie des „Matin“, der heute wieder meldet, daß keinerlei energische Feldzüge von den deutschen Sozialisten gegen die Rüstungen geführt würden“...

Gegen die dreijährige Dienstzeit. Die vereinigten Syndikate der Seearbeiter planen eine große Demonstration gegen die dreijährige Dienstzeit. Diese Demonstration soll am 16. März stattfinden und zwar auf dem Gemeindegelände von Saint-Servais, an derselben Stelle, wo vor einem Jahre die Demonstration gegen den Krieg stattfand.

Kämpfe in Marokko. Ein Telegramm aus Deibat vom 8. März besagt: Gestern griffen die französischen Soldaten Adjilat an und drangen in die Stadt bis zum Markte vor. Die Marokkaner erlitten schwere Verluste. Die Franzosen eroberten eine große Anzahl Waffen und Munition, mußten diesen Sieg aber mit 20 Toten und 80 Verwundeten bezahlen.

Auch Belgien rüstet. Nach telegraphischen Meldungen aus Brüssel hat Sonnabend nacht unter dem Vorst des Königs ein Ministerrat stattgefunden, der sich nicht bloß mit der Inlandverteidigung, sondern auch mit Belgiens Stellung in der Weltlage beschäftigte. Nach der „Independance Belge“ kündigt der belgische Generalstab eine Verstärkung der Streitkräfte an der belgischen Grenze um ein ganzes Armeekorps an.

Nach der Entziehung der Wähler die Entziehung der Abgeordneten. Die ungarische Regierung reichte am Sonnabend dem Abgeordnetenhaus eine neue Hausordnung ein, deren wichtigste Bestimmungen sind: 1. Verfügungen, durch die die technische Organisation unmöglich gemacht werden soll; 2. Eine Bestimmung, daß das Budget innerhalb einer gewissen Frist erledigt werden muß; 3. Gewisse Geldstrafen für die Nichterfüllung von Abgeordneten. Im Falle einer protokolllarischen Rüge wird dem Abgeordneten eine Geldbuße von 100 Kronen im Falle der Ausschließung für jeden Tag der Ausschließung 20 Kronen und für den Fall, daß der ausgeschlossene Abgeordnete das Reichstagsgebäude betritt, 500 Kronen Buße auferlegt.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Donnerstags von 10-11 Uhr Mittags. **Schriftliche Anfragen** sind nur anzuwenden, wenn sie an den Redaktionssekretär, Dr. Eberle in Gießen, Gießenstraße 8. **Streichel.** 1. Der Dienstherr darf nur die Hälfte des Invalidenversicherungsbeitrages vom Lohne absetzen; er muß sich freizugeben, wenn er mehr einbehält. 2. Der Arbeitgeber ist in diesem Falle zu zahlen. Werden Sie sich an die Polizei, falls in Gießen nichts zu erreichen ist. **2. Briefe.** 1. Gegen den Schiedsrichter kann nicht unter nommen werden; 2. Ja, der Frau muß auf Erhaltungsklopp und würde damit überhört Erfolg haben.

Achtung! Alle in den Breslauer Brauereien beschäftigten Arbeitnehmer! Achtung!

Dienstag, den 11. März, abends 7 1/2 Uhr, im Kronprinzen, Westendstrasse:

Allgemeine Versammlung.

Tagesordnung: I. Bericht über die Tarifverhandlungen. II. Diskussion.

Kein Kollege darf fehlen!

Die Lohnkommission.

11772

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Station	10. März	9. März	8. März
Wasser	10,2	10,1	10,0
Wasser	10,2	10,1	10,0
Wasser	10,2	10,1	10,0

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Station	10. März	9. März	8. März
Wasser	10,2	10,1	10,0
Wasser	10,2	10,1	10,0
Wasser	10,2	10,1	10,0

Bericht über die Arbeit der Brauereien.

Die Brauereien der Stadt Breslau haben im März 1924...

Veranstaltungen und Vereine.

Montag, den 10. März:

- 8 Uhr: ...
- 9 Uhr: ...
- 10 Uhr: ...

Dienstag, den 11. März:

- 7 1/2 Uhr: ...
- 8 Uhr: ...
- 9 Uhr: ...

Aus der Geschäftswelt.

Ihr Element.

„Nun, Kinder, merkt auf und nennet geschwind Mir, welches die Elemente wohl sind!“

So fragt der Herr Lehrer. Klein Gaschen, die grad Die Pflanze, hat schon die Antwort parat: „Das Wasser, das Feuer, die Luft und ... Verfü!“

Da lacht der Herr Lehrer verwundert: „Soviel Ich weiß, ist die „Erde“ das vierte im Bund.“

Doch Gaschen, mit nichten verlegen, tut kund: „Als Mama vor kurzem die Waschfrau bekam, Die neue, die sie auf Empfehlung hin nahm, Da trante die Frau, ob „Verfü“ sei im Haus, „Soviel Ich weiß, sie nicht kommen, sonst hielt' sie's nicht aus: „Sag Waschchen ich dieses allein nur verwend'!“

Dem Pentel's Verfü ist mein „Element!“

„Der wahre Jakob“

Die besten ...

Stadt-Theater

Montag 7 1/2 Uhr: 11793

„Cavalleria rusticana“.

„Sajani“.

Lobe-Theater

Montag 7 1/2 Uhr: 11799

„Der guttische Grad“.

Thalia-Theater

Montag 8 Uhr: 11805

„Belinde“.

Schauspielhaus

Montag 8 Uhr: 11811

„Der liebe Augustin“.

Liebig's Etablissement

Montag 8 Uhr: 11781

„Hartstein“.

Viktoria-Theater.

Montag 8 Uhr: 11787

„Auf den Hund“.

Zeltgarten.

Montag 8 Uhr: 11775

„Tunnel: Doppel-Konzert“.

Pfänder-Auktion!

Montag 10 Uhr: 11783

Pfänder-Auktion.

Montag 10 Uhr: 11783

Geheimes Jungbiergeschäft

Montag 10 Uhr: 11770

Garthaus weißes Hof

Montag 10 Uhr: 11789

Die grössten Gelehrten

sind sich darüber einig,



dass Eckstein-Cigaretten die besten sind

Ecksteins Nr. 5-Cigaretten

von A. M. Eckstein & Söhne, Dresden.

10 Stück 25 Pf.

Vertreter: Fritz Nielscher, Breslau IX, Hedwigstrasse 68. — Tel. 6603. 11820/2

Achtung!

Nur inländische Ware.

Pa. frischen Schweine-Schweyer

Abd. 90 Pf.

Sowie kernigen frischen Eped

Abd. 90 Pf.

Max Loll, Fleischer

Breslau O 34, Straßmannstr. 40.

Damenhüte in jeder Preislage

Billigste Umarbeitung getragener Hüte:

bei F. Brammer, Herdahnstr. 40, part. 11087

Taugott Tamm: „Im Föhn“

Erzählung.

Preis 15 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition.

Karmelitergeist

Erzählung.

Preis 15 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition.

Kleiner Anzeiger

Unter dieser Rubrik kosten je drei Worte 10 Pfennige. Abonnenten haben gegen Guthaben 5 Worte frei. Das erste Wort fett. Schriftart bestimmt der Verlag. Geforderte Abweichungen bedingen Zeilenpreis.

Kauf und Verkauf

Bestelle mit Marke und Reliquien

11774

Edvard Bernstein: Die Grundbedingung des Wirtschaftslebens.

Preis 20 Pfg.

Zu beziehen durch die Expedition

Arbeitsmarkt.

Näherin 11768

Abonnenten und Leser der „Volkswacht“

können ihre Zeitung nicht allein durch das Abonnement und die Zuführung neuer Abonnenten unterstützen, sondern sie unterstützen die „Volkswacht“ auch dadurch, daß sie bei ihren Einkäufen die Inserenten der „Volkswacht“ berücksichtigen und sich bei ihren Einkäufen auf die „Volkswacht“ beziehen.

Montag: Distriktsversammlungen (Zahlabend) des soz. Vereins Breslau in den bekannten Lokalen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. März.

Das Gewerkschaftskartell und die freien Gewerkschaften Breslaus im Jahre 1912.

(Schluß.)

III.

3. Lohnbewegungen.

Es zeigt sich sehr deutlich, daß mit dem Erstarben der Organisation immer größere Erfolge auch ohne Arbeitseinstellung erreicht werden können. Die Arbeitgeber haben einsehen gelernt, daß man die einmal gestellten Ansprüche einer modernen Arbeiter-Organisation nicht einfach abweisen darf, sondern gemeinsam mit den Arbeitern verhandelt werden muß und die gegenseitigen Zugeständnisse von beiden Parteien hochzuhalten sind. Im Jahre 1912 haben von 42 Gewerkschaften 28 insgesamt 143 Lohnbewegungen zu verzeichnen, von denen 40 zu Angriffstreiks und 24 zu Abwehrstreiks führten. Außerdem mußten noch 1 Aussperrungen der Unternehmer durchgeföhrt werden, darunter eine Maschiner-Aussperrung von 68 Personen in der Metallindustrie.

An der Arbeitseinstellung waren 2117 männliche und 185 weibliche Arbeiter beteiligt, zusammen 2302. Von den Angriffstreiks endeten 23 mit vollem Erfolg, 9 hatten teilweisen Erfolg und 8 waren erfolglos. Von den 79 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung endeten 44 erfolgreich, 33 mit teilweisem Erfolg, 2 erfolglos. Also die Hälfte aller Lohnbewegungen endete ohne Arbeitseinstellung mit gutem Erfolge. Von den 28 im Lohnkampf beteiligten Gewerkschaften hatten 17 Gewerkschaften 24 Tarifverträge auf die Dauer von 1 bis 4 Jahren abgeschlossen. Das Gewerbeamt als Einzige gung samt wurde fünfmal mit Erfolg, viermal erfolglos angerufen. Am Schluß des Jahres 1912 waren 3 Streiks noch nicht beendet.

An Streikunterstützung und an Unterstützung für Ausgesperrte wurden folgende Beträge gezahlt:

	Hauptkasse	Lokalkasse
Im 1699 Verheiratete für 18 805 Tage	43 856,49 Mfl.	9 112,16 Mfl.
2470 Kinder unter 14 Jahren	7 579,40 "	172,10 "
961 Bediende für 102 7 Tage	20 428,03 "	5 676,46 "
22 Arbeiterinnen für 77 Tage	30,50 "	78,50 "
sonstigen Ausgaben	3 253,17 "	1 087,71 "
	75 147,64 Mfl.	16 126,92 Mfl.

Zusammen also 91 273,96 Mfl. Es sind gegen das Jahr 1911 weniger für Streiks ausgegeben worden 78 533,60 Mfl. Trotzdem sind die Erfolge weit höher als im Vorjahr. Lassen wir folgende Zahlen dafür reden:

Durch Streiks haben Lohnhöhungen erhalten:

82 Personen für die Woche	2,90 Mfl.
4 "	4,00 "
72 "	2,97 "
677 "	2,66 "
183 "	1,50 "
497 "	1,90 "
470 "	2,40 "

Im ganzen erhielten 1985 Personen eine Lohnhöhung von 1,30 bis 4 Mfl.

Arbeitszeitverkürzung erreichten:

82 Personen für die Woche	1,4 Stunden
72 "	1,5 "
49 "	1 "
16 "	3 "

Zusammen sind es 219 Personen.

Bei Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung erreichten 1792 Personen eine Lohnhöhung von 1,20 bis 5 Mfl. die Woche. Bei Abwehrstreiks wurde für 287 Personen die drohende Verschlechterung abgewehrt. An der Arbeitseinstellung waren 290 Arbeiter beteiligt. Die Arbeitgeber hatten mit der Aussperrung kein Glück, denn die Organisation konnte den Angriff mit gutem Erfolg abschlagen.

Durch die Streiks gingen für die Arbeiter 70 010 1/2 Arbeitstage, für die Arbeiterinnen 2095 Arbeitstage verloren, an Arbeitsverdienst für Arbeiter 122 472 Mfl., für Arbeiterinnen 1970 Mfl. Die Verluste sind jedoch nur scheinbar. Der Lohnverlust wird durch die erhaltene Streikunterstützung von 91 273,96 Mfl. und die Lohnaufbesserungen reichlich aufgewogen.

Zürwahr, es besteht kein Zweifel darüber, die Gewerkschaften sind eine gewaltige Waffe in den Händen der Arbeiter, darum der tiefe glühende Haß aller Scharmacher. Aber es muß weiter gearbeitet werden, zunächst gilt es, immer und immer wieder der großen Lüge entgegenzutreten, daß die Großen der Arbeiter verschwendet werden.

Die Gewerkschaften erheben einen Durchschnittsbeitrag von 78 Pf. die Woche aus Haupt- und Lokalkasse. Wenn wir den Betrag mit der Zahl der ungelösten Vertragsmarken multiplizieren, so ergibt sich eine ungefähre Jahreseinnahme von 939 856 Mfl. Die reine Ausgabe nur für Unterstützungen beträgt 542 017,73 Mfl., so daß die Mitglieder im Jahre 1912 etwa 60 Prozent ihrer Beiträge unmitttelbar in Unterstützungen zurückerhalten haben. Nun wollen wir beachten, daß noch erhebliche Aufwendungen für unser Gewerkschaftshaus, das Arbeitersekretariat, Jugendheim und Gewerkschaftskartell gemacht werden, alles Dinge, die unseren Mitglidern noch mittelbar zugute kommen. So können wir unseren Gegnern sagen: Schwagt zu, wir aber wollen handeln und auf dem Wege der Organisation weiter marschieren. Ein großes Arbeitsfeld liegt noch vor uns. Es kommen im ganzen 125 781 Klagenangelegenheiten an Ort für gewerkschaftliche Organisationen in Frage, von denen 84 190 männlich und 41 591 weiblich sind. In den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sind schätzungsweise 564 Mitglieder, in den Christlichen Verbänden 814 und in lokalen Vereinigungen und gelben Werkvereinen 5308, zusammen also 6683 Mitglieder in gegnerischen Organisationen. Ihnen stehen 33 230 freie Gewerkschaftler gegenüber. Doch es gilt die Zahl zu verdoppeln, darum, Ihr Gewerkschaftler alle: „Auf, zur Tat! Haltet die freie Organisation hoch, werbt neue Mitglieder zu jeder Zeit und Stunde!“

Höhere Kartenpreise bei der städtischen Straßenbahn.

Der hiesige Magistrat rechnet heraus, daß die städtische Straßenbahn zu wenig Gewinn abwirft und verlangt deshalb in einer Vorlage an die Stadtverordneten-Versammlung, die Zeitkarten im Preise zu erhöhen. Bereits in der Einleitung zum Haushaltsplan der Stadt Breslau für 1913 war zu lesen, daß der Ueberschuß der städtischen Straßenbahn von 457.000 Mark im Jahre 1912 auf 259.800 Mark im Jahre 1913 zurückgehen wird, obwohl angenommen ist, daß allein die Zahl der Mehrerlöse von 300.000 Mark bringen wird. Der Magistrat hatte aus diesem Grunde die Verkehrs-Deputation ersucht, bald zu erwägen, wie durch höhere Tariffätze dauernd wenigstens die Reineinnahme von etwa 490.000 Mark zu erreichen ist, welche die Stadt früher von der Straßenbahn-Gesellschaft gehabt hat. Im Haushalte der Straßenbahn fehlt, so bemerkt der Magistrat, bei hinreichender Bewer-

lung der Rücklagen alljährlich ein Betrag von etwa 600.000 Mark, wenn der Stadt die frühere Einnahme von 490.000 Mfl. erhalten bleiben soll.

Um diesem Ziele wenigstens näher zu kommen, hat die Verkehrsdeputation nachstehende Vorschläge zur Erhöhung der Fahrgebühren für verschiedene Zeitkarten gemacht unter Aufrechterhaltung des 10 Pfg.-Einheitsfahres:

1. Der Einheitspreis für Zeitkarten soll nicht abermals ermäßigt werden, wenn diese Karten nicht nur für einen, sondern für 3 Monate entnommen werden. Es bleibt indessen jedem Fahrgaste freigestellt, trotzdem eine für mehrere Monate gültige Karte zu kaufen.

2. Zur Beseitigung der Unbilligkeit, die darin liegt, daß die Streckenkarten in einzelnen Fällen für Strecken bis über 10 Kilometer gelten, während zur Zurücklegung von bedeutend kürzeren Wegen, die gerade nicht an einer durchgehenden Verkehrsline liegen, nur die viel teureren Doppelstrecken- oder Zeitkarten geeignet sind, wird das Netz der städtischen Straßenbahn in Zeitstrecken von 700 bis 900 Meter Länge geteilt. Der geringste Preis der von den Abonnenten zu wählenden Zeitstrecken entspricht dem von fünf zusammenhängenden Zeitstrecken, die aber verschiedenen der bestehenden Verkehrslinien angehören dürfen.

3. Die Preise für die Monatskarten sind bemessen für 5 und weniger Zeitstrecken auf 6,- Mfl.,

7 Zeitstrecken	auf 7,50 Mfl.
9 "	9,- "
das ganze Netz	12,- " auschl. Etwahl
Beamtenkarten	4,- " einchl. "
"	5,- " einchl. "
Studentenkarten	4,50 " auschl. "
"	5,50 " einchl. "

sämtliche Preise ausschließlich Steuer, für Schülerkarten auf 3,50 Mfl. auschl. 4,50 " einchl. "

Zur Begründung dieser Vorschläge sagt der Magistrat unter anderem:

„Wir haben uns mit den Vorschlägen der Verkehrsdeputation einverstanden erklärt, um nicht die reichlich hohen Zuschläge zur Gemeindesteuer lediglich zu Gunsten eines verhältnismäßig kleinen Kreises unserer Einwohner, der Straßenbahnabonnenten, erheben zu müssen und um das ganze Unternehmen auf eine gesunde Grundlage dadurch zu stellen, daß die Mittel für die durchaus erforderlichen Erneuerungen der Straßenbahnanlagen verfügbar sind.“

Der Magistrat empfiehlt, die Vorschläge der Verkehrs-Deputation schon vom 1. April 1913 einzuführen und bitte von einer Tarifänderung vorläufig ganz abzusehen, falls sie selber Anträgen nicht zustimmen kann. Wahrscheinlich wird die Stadtverordneten-Versammlung bereits am nächsten Donnerstag mit den Straßenbahnkarten beschäftigt. Es sei noch bemerkt, daß die Arbeiter-Wochenkarten im Preise nicht erhöht werden sollen.

Volksvorstellung.

Die nächste Volksvorstellung für den Bildungsausschuß findet am Sonntag, den 16. März, nachmittags 3 1/2 Uhr im Thalia-Theater statt. Zur Aufführung gelangt

„Der Strom“, Schauspiel von Max Fabbe. Der Billeterverkauf findet am Dienstag, den 11. März in der Wilhelmsburg statt. Um 7 Uhr Auslosung, um 8 Uhr Billeterausgabe.

Seinen Verletzungen erlegen ist in der chirurgischen Klinik am Freitag der Stellenbesitzer Peter Weinka aus Fleckhammer, Kreis Kotel, der von einer Fuhrre Langholz überfahren worden war und schweren Beinbruch erlitten hatte.

Taschendiebstahl. Einem Mädchen ist am Freitag, als sie vor einem Schaufenster auf dem Ring stand, ein Portemonnaie mit 17 Mfl. aus dem Handtaschen gestohlen worden. Am demselben Tage ist einer Frau von auswärts, die ebenfalls wenige Minuten vor einem Schaufenster auf dem Ring halt gemacht hatte, allem Anschein nach von demselben Diebe die Handtasche ganz losgeschneit worden. In der Handtasche lag u. a. auch ein Portemonnaie mit über 100 Mfl.

Lobe-Theater.

„Die Frau Präsidentin“, Schwank in 3 Akten von Maurice Hennequien und Pierre Veber.

Die bekannte Pariser Schwankfirma hat ihrem Ruhme wieder Ehre gemacht. Noch immer bringt sie es durch drastische Situationskomik fertig, daß sich das Publikum vor Lachen fast ausschüttet. Zwar ist es nichts für Moralphilister und auch nicht für Kinder. Und wenn es auch manchmal auf der Bühne etwas „unverständlich“ zugeht, so kann man dem Stücke trotz aller unmöglichen Verwickelungen, von denen wir manche schon aus anderen Stücken her kennen, nicht gram werden, sondern muß mitlachen. Ein tugendhafter Gerichtspräsident in irgend einem Provinznetzt Frankreichs kommt in die fatale Situation eine sorben in sein Haus eingedrungen Operettendiva dem insitzierenden Justizminister als seine Frau vorzustellen. In Wirklichkeit befindet sich diese — eine komische Alte — auf der Reise nach Paris. Da aber am Dre kein Zimmer zu fin en ist, so muß der Herr Minister im Hause des Präsidenten übernachten, wobei ihm die liebebedürftige Diva Gesellschaft leistet. Um sich er kennlich zu zeigen, wie auch von Wünsche getrieben, die lebenswichtige Frau Präsidentin in der Nähe zu haben, soll der Herr Gerichtspräsident schleunigst seine Beförderung nach Paris erhalten. Dort ist aber inzwischen auch die wirkliche Frau Präsidentin eingetroffen und so kommt es denn, daß die echte und die falsche Frau Präsidentin eine Audienz beim Minister nachsuchen, was zu einem Verengerabbai von verwickelten Situationen führt. Unter anderen kommt es zum größten Schrecken der Moralisten — die selbstverständlich recht häßlich waren — auf der Bühne zu einer richtigen Entfesselungsszene.

Eine literarische Würdigung ist bei einem solchen Stück natürlich nicht am Plage. Alles ist blühender Uninn, dem hier und dort, wie das in Frankreich üblich ist, ein Tropfen Satire auf die Protektionswirtschaft der Regierung — selbstverständlich nur der französischen, anderwärts passiert so was nicht — beigeischt wurde. Beispielsweise allgemein recht flott. Besonders prägnant ist die Protokollführung der Regierung, eine solche Operettendiva darzustellen. Doch der Grazie ihres Körpers, die sie uns in der Entfesselungsszene in gewohnter Weise herumwurzeln ließ, konnte sie selber nicht

eine ebenbürtige des Spieles zur Seite stellen. Ihr Spiel hatten etwas von dem plumpen Weien einer Vorstadttheaterdiva. Wahrhaft Weltmann großen Stils war Herr Strobl. Die Verichspräsidentin wurde von Frau Wäder-Steigemann in zwerchfellerschütternder Trastik gegeben. Recht gut wußten sich auch Herr Schindler und Herr Wenzelby dem tollen Durcheinander einzufügen.

Die Regie des Herrn Bonno war wieder auf der Höhe.

Aus aller Welt.

Ein milde bekräfteter Studententrawall. In der Nacht zum 5. Februar fand in Marburg ein Studententrawall statt, der sich gegen die Polizei richtete. Die Beamten wurden beleidigt und mißhandelt. Den Höhepunkt der Exzesse, an dem mehrere Hundert Studenten beteiligt waren, bildete ein Bombardement der Polizeiwache mit Pfastersteinen. Sämtliche Fensterscheiben der Wache wurden eingeworfen, auch sind Revolverkugeln in großer Zahl abgegeben worden. Dieser Tage hatten sich vor dem Marburger Schöffengericht zwei Studenten wegen ihrer Teilnahme an dem Trawall zu verantworten. Sie wurden zu 200 Mfl. bzw. 50 Mfl. Geldstrafe (1) verurteilt. Der Vertreter der Anklagebehörde hatte für einen der Angeklagten wegen der nachgewiesenen Mäßelsüchtigkeit eine Gefängnisstrafe von einem Monat beantragt, da sich die Exzesse benommen hatten, wie der schlimmste Janhagel der Großstadt, wie Kowdies der schlimmsten Sorte. Das milde Urteil wurde begründet mit Rücksichtnahme auf die Wirkungen des Alkohols und des lüggestimmten Einflusses der Wache.

Öffentlich läßt man diese Rücksicht auch bei Arbeitern gelten. Bisher sind diese sehr oft in ähnlichen Fällen wegen Bandfriedensbruch zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Berstattung einer Einbrecherbande. Mit einer auf Reisen sich befindenden eleganten Einbrecherbande geriet die Bisthofsverbaer Polizei in Kampf. Die vierköpfige Bande war mit allen modernen Werkzeugen, Messern, Revolvern, ausgerüstet auf der Fahrt. Ein imgleichen Abteil

mitreisender Kaufmann avisierte sie jedoch der Polizei in Bisthofsverbaer, die zwei der Verbrecher nach heftigem Kampfe verhafteten, die beiden anderen entkamen. In dem Kampfe beteiligte sich auch das Bahnpersonal und die Passagiere des Zuges. Die Verhafteten hatten in jener Gegend zahlreiche Einbrüche vorgenommen u. a. auch in der landwirtschaftlichen Zentral-Vereinsgenossenschaft in Bisthofsverbaer, wo sie eine große Summe raubten. Die beiden Festgenommenen heißen Adams und Quenlich.

Einruzunglück. Während der Romanov-Feier in Wilna hat sich ein Einruzunglück ereignet. Ein große Zuschauermenge hatte sich, um die Parade der Truppen besser sehen zu können, auf dem Dache eines Zirkus versammelt. Das dünne Holabach erwid sich der Last nicht gewachsen, gab nach und über hundert Menschen stürzten in den Zirkus hinab. 30 Personen trugen Arm- und Beinbrüche, sowie zum Teil schwere innere Verletzungen davon. Die Hälfte der Verletzten sind Kinder. Eine Frau erlag wenige Stunden nach dem Unfall ihren Verletzungen.

Kleine Notizen.

Starke Schneefälle. In ganz Westdeutschland ist in der Nacht zum Sonntag außergewöhnlich harte Schneefälle eingetreten. Im Sauerland liegt der Schnee über 20 Zentimeter hoch. Telegraphen- sowie Telephonleitungen sind gestört.

Opfer der Motoraserei. In Paris fuhr am Freitag ein Auto in der Avenue des Champs-Élysées in einen Zeleherzug. Zwei Personen wurden lebensgefährlich und vier schwer verletzt.

Der Dichter der Volkswissen. „Wenn Gott will rechte Günst erweisen“, In einem kleinen Grabe, Joseph v. Sichendorff wurde heute am 10. März, vor 125 Jahren, in Lubowitz in Oberschlesien geboren.

Der Mann Klauisch. Professor in P. stau, bekannt in der ganzen wissenschaftlichen Welt durch seine Vorträge an die Erforschung der Abgleichs der Menschheit, ist am 10. März seinen fünfzigsten Geburtstag. Nach mit ihm, daß er der Wissenschaft noch recht lange erhalten bleiben möge.

Die Nationalliberalen auf dem Kriegspfade.

Die Nationalliberalen, dieser Nummerliche Schilling am morgigen Stamme des Nationalliberalismus, hielten am Sonnabend ihren 11ten Versammlung für den Landtagswahlkampf ab.

Herr von Richthofen stellt fest, daß die bisherige Staatspolitik nicht besonders erfreulich war. Der Reichstag hat sich in zwei wichtigen Fragen, der Ostmarkenpolitik und dem Jesuitengesetz durchaus nicht von nationalen Gesichtspunkten leiten lassen.

Die starke Steuererhöhung, der wir in Kürzen entgegensehen, ist unbedingt notwendig zur Verstärkung der Wehrmacht. Freilich war man nach der eben erst verabschiedeten Finanzreform auf solche Forderungen nicht gefaßt.

Das deutsche Reich ist in nationalpolitischer Hinsicht gefährdet. Wir erstreben keine Erweiterung unserer Grenzen. Aber neue Wirtschaftgebiete müssen wir erobern, weil unsere Bevölkerung wächst.

Zimmer schwieriger wird der Konkurrenzkampf unter den einzelnen Staaten. Mit England fahren wir noch gut. Anders aber ist es mit den übrigen.

Einmal sollte auch in höheren Staatsämtern nur der tüchtigste an die richtige Stelle gesetzt werden, gleichviel ob er ein Groß- oder ein Kleinstadter ist.

nen Ausführungen. Herr Regierungsrat Woensgen, der darauf aus Bedenken hat, macht eine recht beweisende Einrede. Er ist ein Bureaukrat vom reinen Wasser.

Ein wunderlicher Liberaler scheint Herr Auerbach zu sein. Wohlwollig erinnerte er an die einstige Größe der national-liberalen Partei. Die Jurisprudenz des braven Bürgermeisters im Saale erpreßt ihm bittere Tränen.

Dieser Musterliberal, der so männlich vor Ministerseffekten stand, konnte es sich nicht verlagern, den Brüdern von der Fortschrittspartei einen kräftigen Fußtritt zu verlegen, weil sie bei der letzten Landtagswahl mit den Sozialdemokraten zusammengingen.

Der Redner der Fortschrittler, Herr Thielig, wünscht, daß die Nationalliberalen für Streichung der Ausgaben für rein repräsentative Zwecke, Gleichberechtigung beim Geere, Quellverbot und Deckung der neuen Steuerlasten durch Befreiung der Besessenen eintreten müßten.

Und das positive Ergebnis? Unentwegtes Eintreten für Wettstreit und Reisebesteuerungen. Unberührte Redensarten bezüglich der Deduzationsfrage, noch dunklere Neugierden über die preussische Wahlreform.

31. schließlicher Provinzial-Landtag.

Die Sitzung am Sonnabend hat beschlossen, die Provinzial-Erziehungsanstalt in Grottkau zu erweitern und dafür im ganzen 405.200 Mark auszugeben; es handelt sich dabei um den Bau einer besonderen Anstalt für Mädchen.

Nach einem anderen Beschlusse kann den Beamten der Provinz, die auf Grund des § 9 des Versicherungsgesetzes für Angestellte von der gesetzlichen Angestellten-Versicherung befreit sind, nur dann gekündigt werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Es folgten dann die Wahlen in die Ober-Ersatz-Kommissionen.

Der Hauptverwaltungsetat wurde in den Einnahmen auf 11.014.166 Mark, in den fortdauernden Ausgaben auf 10.697.236,39 Mark und in den einmaligen Ausgaben auf 317.229,61 Mark festgesetzt.

Das Eisenkreuz der zweiten Klasse wurde an über 16 000 Personen verliehen. Das Kreuz der ersten Klasse bekamen 605 Offiziere und 63 Krieger.

Es ist nur für außergewöhnliche Leistungen verliehen worden. Merkwürdig, daß die Arbeiter selbst als Soldaten keine außergewöhnlichen Leistungen vollbringen; aber warum existiert denn dann noch die allgemeine Wehrpflicht?

Nun jedermann könnte der Meinung sein, die Orden wären in der Welt sehr rar, und wenn die Arbeiter bessere Steuerzahler sein könnten, dann verliehen auch für ihnen einige übrig. Aber dem ist nicht so.

Nun dieser Ordenswelt haben nur die Juweliergeschäfte ein besonderes Interesse und würden sämtliche Orden, die ja an Eitelkeit, Speicheln und Wohlthätigkeit denken dafür erbaut werden.

Das ganze Ordenswesen dient nur dem Ruhm der Eitelkeit und der Heberhebung, und da nach der Verfassung der König die Orden verliehen verleiht, so hat ein Demokrat dafür kein Interesse übrig. Selbst Kaiser, Könige und Päpste waren Gegner der Ordensverleihung; und Kaiser Sigismund sagte darüber: Ich kann an einem Tage tausend Orden und zu Millionen machen; aber so mächtig bin ich nicht, daß ich in tausend Jahren einen Ordensbesitzer machen könnte.

Einmal sollte auch in höheren Staatsämtern nur der tüchtigste an die richtige Stelle gesetzt werden, gleichviel ob er ein Groß- oder ein Kleinstadter ist. Einmal sollte auch in höheren Staatsämtern nur der tüchtigste an die richtige Stelle gesetzt werden, gleichviel ob er ein Groß- oder ein Kleinstadter ist.

Zu dem Geyperth'schen Mordprozeß

teilt uns der Verteidiger Rechtsanwalt Armer mit: Während der Beratung der Geschworenen ereignete sich ein merkwürdiger Zwischenfall. Bei der Abstimmung über die Frage des Todes stimmten 7 Geschworene mit Ja, 5 mit Nein.

Es sei noch bemerkt, daß einzelne Geschworene nach der Verhandlung an Rechtsanwalt Armer herantreten und sich bereit erklärten, ein Gnadengesuch für Geyperth zu unterschreiben.

Das amtliche Ergebnis der Gewerbegerichtswahlen wird jetzt im „Gemeindeblatt“ mitgeteilt. Danach sind von Arbeitgebern 211, von Arbeitnehmern 9493 gültige Stimmen abgegeben worden.

Von den Stimmen der Arbeitgeber entfielen auf Vorschlagsliste I 171, II 840, von denen der Arbeitnehmer auf Vorschlagsliste I 632, II 8159, III 802.

Nach diesem Stimmenverhältnis kommen bei den Arbeitgeberwahlen auf die Vorschlagsliste I 11 Wähler und 4 Ersatzmänner auf die Vorschlagsliste II 40 Wähler und 13 Ersatzmänner, bei den Arbeitnehmerwahlen auf Vorschlagsliste I 3 Wähler und 1 Ersatzmann, Vorschlagsliste II 44 Wähler und 15 Ersatzmänner, Vorschlagsliste III 4 Wähler und 1 Ersatzmann.

Die Listen I der Arbeitgeber und II der Arbeiter waren vom Gewerkschaftsrat der freien Gewerkschaften eingereicht worden.

Aus der Konfektion. Die Firma Janover klagte vor dem Gewerbegericht gegen den Schneidernmeister Stephan auf Zahlung einer Entschädigung von 50 Mk. mit der Begründung, daß sich der Beklagte beharrlich weigert habe, 20 Jacketts zu liefern, die ihm zur Anfertigung übergeben worden sind und die er auch verprochen hat zu liefern, aber nicht geliefert hat.

Gemäldebeibehalt. Einer am Ohlau-Ufer wohnenden Witwe sind am Sonnabend nachmittag durch Einbruch drei wertvolle Gemälde gestohlen worden. Das größte der Bilder, „Klosterweinteller“, ist aus dem Rahmen geschritten worden, während die beiden anderen samt den Rahmen gestohlen wurden.

Töblicher Treppenabsturz. In der Nacht zum Sonntag ist der Hofplatz 22 wohnende Drechsler Hermann Richter von der Treppe des Hauses in den Bachtischacht, um den herab die Treppe führt, abgestürzt und bewußtlos liegen geblieben. Erst einige Zeit später wurde er dort gefunden und ins Allerheiligenhospitaal überführt, wo er morgens 4 Uhr gestorben ist, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Das Land der Dekoration.

Ihr jähret zu viel Viktoria! Und Hurra! König, König, Gloria; Ihr feiert jubelnd Feie. Feliz Dahn.

Wir leben in Zeiten der Erinnerungsfestern. Wohl haben wir einige Stunden übrig, um der Dichter und Philosophen zu gedenken, die vor hundert Jahren lebten oder damals geboren wurden; daß wir aber Heiligenschein aller angelegten patriotischen Festparaden sein müssen, das betrachten viele als eine Strafe, die ihnen ihrer Meinung nach bei der Geburt von Gott wohl wenn angehängt zu sein scheint.

In diesem Jahr sollen alle Deutschen, so wollen es die vom Volksgott, an einem Tage in der Woche einen Begeisterungswahnschub haben. Nun, Bewußte sind ja hier zu sehen; aber Spaziergänger mit einem patriotischen Wortschatz, wie er ehemals Sitte war, sind nicht mehr wahrzunehmen. Und deshalb verkaufen die angelegten Festen weniger. Auch der 10. März wird zu einem Patriotentag gemacht.

Nun mag jeder nach seiner Façon glücklich werden; der unbefangene Beobachter wird wahrnehmen, daß auch in der Ordnung der Klassenkämpfe zu erkennen ist. Ein Arbeiter hat noch nie den höchsten patriotischen Orden, den man leihen, erhalten, und mit dem höchsten Orden, dem Kaiserlichen Ehrenkreuz, hat sich kein Mann schmücken können. Der Kaiserliche Orden ist ein Orden, der nur den höchsten patriotischen Orden, den man leihen, erhalten, und mit dem höchsten Orden, dem Kaiserlichen Ehrenkreuz, hat sich kein Mann schmücken können.

Bürgermeister. Das Kreuz des Allgemeinen Ehrenzeichens erhielten Futtermeister, Rajenen- und Zentralwärter, Militärmusikdirektoren und die niederen Beamten. Und dann die unterste Dekoration, das Allgemeine Ehrenzeichen, ist so recht das Abzeichen für die Proletarier: einfach, billig und ohne Schmuck.

Selbst bei den Besitzern des Eisernen Kreuzes von 1813 ist diese peinliche Bezeichnung der Rangunterschiede durch die Zahl wahrzunehmen. In der Ordensliste von 1877 sind 389 Inhaber des Eisernen Kreuzes verzeichnet, von denen noch keine 20 Arbeiter herausgehoben sind, etliche Nachwächter eingerechnet.

Es ist nur für außergewöhnliche Leistungen verliehen worden. Merkwürdig, daß die Arbeiter selbst als Soldaten keine außergewöhnlichen Leistungen vollbringen; aber warum existiert denn dann noch die allgemeine Wehrpflicht?

Nun jedermann könnte der Meinung sein, die Orden wären in der Welt sehr rar, und wenn die Arbeiter bessere Steuerzahler sein könnten, dann verliehen auch für ihnen einige übrig. Aber dem ist nicht so. In Preußen allein gibt es 135 Orden und Ehrenzeichen.

Nun dieser Ordenswelt haben nur die Juweliergeschäfte ein besonderes Interesse und würden sämtliche Orden, die ja an Eitelkeit, Speicheln und Wohlthätigkeit denken dafür erbaut werden. Das ganze Ordenswesen dient nur dem Ruhm der Eitelkeit und der Heberhebung, und da nach der Verfassung der König die Orden verliehen verleiht, so hat ein Demokrat dafür kein Interesse übrig.

und von dem niderland haben mich ihre ordens geschickt, ich weiß nicht, wo ich mit dem Zeuge hin soll. Und am 8. August schrieb er: Der König von Dänemark und der der niderlande haben mich die Ähren geschickt, aber die größte auf Zeichnung habe ich aus England erhalten, die noch kein auf Land zu Theil geworden, der Regent hat mich den großen Vadt orden geschickt, geld mehr mir liber...

Doch die Preußen, die heutigentags selbst Patriotenfesten zu den Luftballonen zählen, wofür man kein Geld übrig hat, betrachten die Ordensdekoration als eine Liebhaberei. Bei den Zolltarif-Verhandlungen im Jahre 1902 wurden die Orden als Kinderpielzeug veräußert; und damit soll sich die Mannesbrust schmücken! Was für undankbare Menschen sind wir geworden. Orden werden gepredigt, und keiner trägt sie; Feste werden arrangiert, und keiner will Hurra schreien! Teufel noch eins, wie schwer muß es sein, solche Menschen zu regieren.

Bermischtes.

Koloniale Ghit. Die Herrenmoral der deutschen Kulturpioniere treibt seltsame Willen. Dafür zwei Beispiele: Das Eingeborenen-Gericht zu Dar-es-Salam (Deutsch-Ostafrika) verurteilte, wie die „Kolonial-Korrespondenz“ mitteilt, ein Indermweib wegen Beschimpfung von Askaris (eingeborenen Soldaten) und Verhöhnung deutscher staatlicher Einrichtungen zu einem Monat Gefängnis und 100 Rupien Geldstrafe.

Dieleibe Korrespondenz teilt weiter mit: Gegenwärtig, wo die Ausländerfrage auf den deutschen Universitäten lebhaft erörtert wird, dürfte es von Interesse sein, darauf hinzuweisen, daß die Universitätsbehörden sogar Reglern den Zugang zu den Vorlesungen ermäßiglichen. An der Berliner Universität hat der Leiter eines Seminars im laufenden Semester einen schwarzen Waisenknaben sogar zu den seminarellischen Vorlesungen zugelassen. Auch in den ebenfalls besetzten Bibliotheken der neuen Kolonialbibliothek haben die Neger bereits Bürgerrecht erworben!

Stadt der Neger im Sudan. Die Neger als Repräsentant des deutschen Kolonialmilitarismus, dann wird er mit allen Mitteln geschickt. Will der Neger aber in ehrlichem Bemühen sich Kultur und Wissen aneignen, dann insinuierten die germanischen Herrenmänner ein Dohr gegen ihn.

Don der Gartenbau-Ausstellung.

Man schreibt uns: In der vergangenen Woche konnten wegen der milden Witterung die Erdarbeiten im vollen Umfang wieder aufgenommen werden.

Der Jahrbunderthalle südwestlich vorgelagert erhebt sich der geräumige, nur für die Dauer der Ausstellung vorgesehene Holzbau, worin der Künstlerbund Schlesien die Arbeiten seiner Mitglieder ausstellen wird.

In zahlreichen Städten werden namhafte Gartenarchitekten und viele deutsche Städte Pläne, Perspektiven, Bilder und Modelle ihrer Anlagen ausstellen.

Kleine Breslauer Nachrichten.

Die Oberkasseler eröffnet. Das königliche Wasserbauamt in Oppeln teilt mit, daß die Kasseler im Wasserbezirk Oppeln am Sonnabend, den 8. März, wieder eröffnet worden ist.

Sperre Straßen. Die Schloßstraße zwischen Schweinitzstraße und Dorotienstraße wird wegen Nachrichtung der Wasserleitungen vom 10. bis 22. März ganz, der Grünleichenweg zwischen Wasserstraße und Finkenweg vom 10. März bis 12. April halbseitig für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

Pflanzentod. In der Nacht zum Freitag haben Diebe einen Stall an der Gropiusstraße gewaltsam erbrochen und daraus zwei Föhne und neun Pflanzentod gestohlen.

Verloren wurde am Sonntag auf dem Wege von der Margaretenstraße zur Brüderstraße ein Portemonnaie und ein Mitgliedsbuch des Metallarbeiter-Verbandes, lautend auf Dyballa. Der Finder wird erucht, beides im Metallarbeiter-Bureau, Al. Polzasser 3, abzugeben.

Gefunden wurden ein Stück Eisen, zwei Schlüssel, eine Brieftasche mit Inhalt, zwei Stücke Speck, ein Zwanzigmarkschilling, zwei Schlüssel mit Zuckertuch, ein Hundemarkschilling mit Halsband und Marke, ein Zehnmarkschilling, eine schwarze Handtasche, ein goldener Uhrkettenanhänger, ein Damenschirm und ein Fünfzigmarkschilling.

Vereine und Versammlungen.

Gumbold-Verein für Volksbildung. Donnerstag, den 13. März, abends 8 Uhr, wird Herr Altonner Otto vordlich im Saale der Harmonie, Gräferschneckerstraße Nr. 139/141, einen von zahlreichen Lichtbildern begleiteten Vortrag halten über "Die Wunder des Sternensystems". Der Eintritt ist für jedermann frei.

Theater, Vergnügungen und Konzerte.

Mitteltunnen aus den Theaterbureaus.

Breslauer Orchester-Verein. Im 11. Abonnementskonzert, das am Mittwoch, den 12. März, abends 7 1/2 Uhr, unter Leitung von Professor Dr. Georg Dohrn stattfindet, gelangt als Neuheit die erste Sinfonie in G-dur op. 23 von Ewald Straesser zur Aufführung.

Der Ring des Nibelungen. In der Zeit vom 15. bis 22. März gelangt "Der Ring des Nibelungen" zur Aufführung und zwar Sonnabend, den 16., Das Rheingold, Montag, den 17. (Anfang 7 Uhr), Die Walküre, Donnerstag, den 20. (Anfang 7 Uhr), Siegfried, Sonnabend, den 22. (Anfang 7 Uhr), Götterdämmerung.

Kammer-Spiele. Die Abenteuer der Lady Glane (nach dem sensationellen Roman im Berliner Tageblatt) dargestellt von der berühmten Film-Diva B. und A. Treumann und Wigo Carlsen auf dem Spielplan und dürften dank dem interessanten Sujet und der vortrefflichen Darstellung allgemeines Interesse beanspruchen.

Aus Breslau (Land)-Neuwart.

Klein-Masselwitz. Einbruch. In der Nacht zum Donnerstag besuchten Diebe die hiesige evangelische Schule. Sie zerbrachen in der Wohnung des zweiten Lehrers die Fensterscheiben und drangen in die Wohnung ein.

Groß-Masselwitz. Gemeindevahl. Bei der hier am ersten Mal stattgefundenen Gemeindevahl haben wir ganz gute Erfolge zu verzeichnen. Die ganze dritte Abteilung konnten wir mit unseren Kandidaten besetzen.

Klein-Goblan. Verurteilter Brandstifter. In der letzten Sitzung der zweiten diesjährigen Schöffen-Schlichtungsperiode am Sonnabend wurde der 38-jährige Maurer Franz Baubitz aus Klein-Goblan, Kreis Neuwart wegen Brandstiftung zu drei Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust verurteilt.

Nur konnte, hatte der Vater Verhandlungen mit einem anderen Käufer angeknüpft. Dadurch hatte er sich aber den Zorn seines Sohnes Franz, des Angeklagten, zugezogen. Am 7. Februar kam dieser abends nach Hause und fing beim Abendessen mit dem Vater Streit an.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Die schlesischen Agrarkreise.

So stark die Provinz Schlesien in den letzten Jahrzehnten auch durch Handel und Industrie aufgeblüht wurde, so gibt es doch noch zahlreiche Kreise mit einer alles andere weit überwiegenden Landwirtschaft. Im Bezirk Breslau waren im Jahre 1907 von 27 Kreisen 23 zu mehr als der halben Bodenfläche landwirtschaftlich bebaut.

Altwasser, 10. März. Eine schreckliche Tat. In einem Unfall von geistiger Umnachtung stürzte sich Freitag nachmittag die 30-jährige Schneiderin Selma Martius aus dem Fenster der im zweiten Stock gelegenen Wohnung ihrer Mutter.

Bunzlau, 9. März. Was wird mit den 75.000 M.? Wie wir bereits berichtet, beantragte der hiesige Magistrat, um die Jahrbunderthalle, der Bekleidungskriege und die Jubiläumsschule Wilhelms II. mündig zu begeben, die Stiftung einer Arbeiterkolonie.

Bunzlau, 10. März. Ein Fall. Wilmund. Der verstorbenen Rentier Mag. Lammner hat der Stadt Bunzlau bekanntlich die Summe von 150.000 M. zum Bau eines Hallenbades vermacht.

Breslau, 10. März. Uebt Solidarität! In der letzten Wählervereinsversammlung wurde angeregt, das Baugeschäft von Reich, Sellwig mehr zu unterstützen.

Bunzlau, 10. März. Ein Fall. Wilmund. Der verstorbenen Rentier Mag. Lammner hat der Stadt Bunzlau bekanntlich die Summe von 150.000 M. zum Bau eines Hallenbades vermacht.

Breslau, 10. März. Uebt Solidarität! In der letzten Wählervereinsversammlung wurde angeregt, das Baugeschäft von Reich, Sellwig mehr zu unterstützen.

Bunzlau, 10. März. Ein Fall. Wilmund. Der verstorbenen Rentier Mag. Lammner hat der Stadt Bunzlau bekanntlich die Summe von 150.000 M. zum Bau eines Hallenbades vermacht.

drücklich bestimmt wird, daß derjenige, der dieser beiden Organisationen beitreten will, nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei sein dürfe.

Trebnitz, 10. März. Kirchensteuer. Die evangelisch-lutherischen Körperschaften beschloßen u. a. die Erweiterung des Dögelchors der evangelischen Kirche und legten die Kirchensteuer auf 2 1/2 Prozent der Staatseinkommensteuer fest.

Göhran, 5. März. Bürgerliche Verleumdungen. Den Feinden der Arbeiterbewegung ist bekanntlich kein Mittel zu schlecht, um ihrem Haß gegen die Arbeiterklasse Ausdruck zu geben.

Zuliusburg, 10. März. Willig davon gekommen. Die Wäckermeister Josef Facke und Hermann Schmechtig von hier haben schulpflichtige Kinder gewerblich beschuldigt.

Garnikau, 10. März. Nadelstiche gegen Polen. Die hiesige Kreisparlamente hat, dem Westpr. Volksrat zufolge, sämtliche bei Polen stehenden Hypotheken gelündigt.

Neueste Nachrichten. Vom Balkan. Die innere Lage der Türkei. Konstantinopel, 10. März. Die innere politische Lage ist eine wenig befriedigende.

Zum Fall von Janina. Konstantinopel, 10. März. In hiesigen diplomatischen Kreisen überwiegt die Auffassung, daß durch den Fall von Janina die Aussicht des Friedens sich verringert haben.

Die türkischen Verluste. Konstantinopel, 10. März. So viel bisher einwandfrei festgestellt wurde, verlor die türkische Armee 500.000 Gewehre und 700 Kanonen an die siegreichen und verbündeten Balkanstaaten.

Bevorstehende Annetion. Sofia, 10. März. Nach einer aus Athen hier eingetroffenen Nachricht bereitet die dortige Regierung nach italienischem Muster die Annetionsverklärung betreffend die von Griechenland besetzten Gebiete vor.

Gegen die dreijährige Dienstzeit. Paris, 10. März. In Montceau les Mines nahm eine Versammlung der Liga der Menschenrechte eine Resolution an, die sich gegen die dreijährige Dienstzeit in scharfen Ausdrücken wendet.

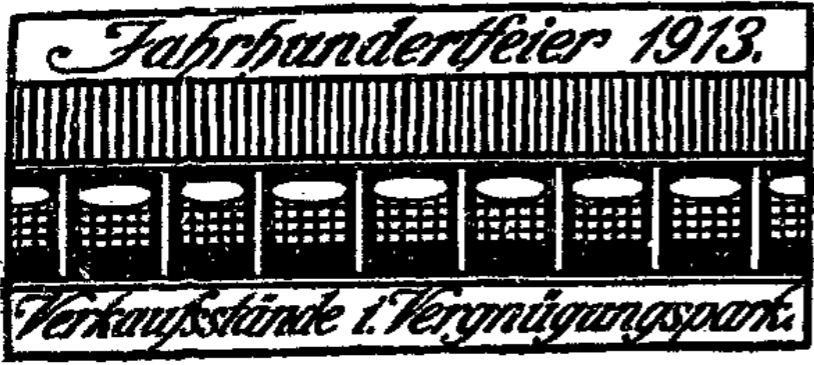
Vierzig Kinder ermordet. Petersburg, 10. März. Wie aus Sada gemeldet wird, hört die Kriminalpolizei zahlreichen Verbrechen einer Debamme auf die Spur gekommen.

Im Schnee festes gelieben. Kopenhagen, 10. März. Der "Politiken" wird aus Bergen telegraphisch die Scherenschnittliste in der letzten Zeit sehr ungünstig verlaufen.

Lebensmittel. Leuzenburger, 10. März. Der Fürst von Salm-Reifferscheidt-Ronsburg, der hiesige Gouverneur, ist gestern nachmittag hier gestorben.

Ausstellung zur Jahrhundertfeier der Freiheitskriege

Breslau 1913



In den Verkaufshallen I. und II. auf dem Ausstellungsgelände sind noch eine Anzahl Läden zu vermieten. Diese Läden werden gebrauchsfertig hergestellt, mit elektrischer Lichanlage versehen und erhalten ein einfaches Schaufenster. Die Mietspreise beginnen von 1200 Mark an für die ganze Dauer der Ausstellung. Ferner sind noch einige Flächen auf dem Gelände des Vergnügungsparks für Wirtschaftsbetriebe etc. erhältlich.

Schriftliche Anfragen erledigt das Büro der Jahrhundertfeier Breslau, Grüneicher Weg.

Der Verkehrs- und Wirtschaftsausschuss.

11794

Ersteinst dreimal wöchentlich.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Oberschlesischer Industrie-Bezirk.

Beuthen O.-S.

Alkoholfreie Getränke, Bierverlag, „Kaiserbräu“, „Pilsener“, „Berliner“

Brauereien.

Monopol-Pils, (früher „Kaiserbräu“), Pilsener, 2000 Liter

Galanterie- und Spielwaren, Haus- und Küchengeräte.

Kigaretten. „Kaiserbräu“, 10 (1000 Stk.)

Kattowitz.

Bierbrauerei und Verleger, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Herren- und Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe.

Haus- und Küchengeräte, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Herren- und Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe.

Optische Industrie, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Kigaretten, „Kaiserbräu“, 10 (1000 Stk.)

Königsbrunn O.-S.

Herren- und Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe.

Hobel und Schneidwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Ratibor.

Bierbrauerei, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Brogen, „Kaiserbräu“, 10 (1000 Stk.)

Herren- und Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe.

Haus- und Küchengeräte, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Lebensmittel- u. Verarbeitungs-Industrie, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Zaborze-Zabrze

Herren- und Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe.

Brieg

Alkoholfreie Getränke, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Arbeiter-Konsum-Güter, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Mikroskopien und Kondensoren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Mikroskopien und Kondensoren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Mikroskopien und Kondensoren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Mikroskopien und Kondensoren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Mikroskopien und Kondensoren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Fahrräder und Nähmaschinen.

Gründel, Stb., Langestr. 17, Rep.-Bettl. 22, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100

Fleischer u. Wurstfabrik, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Fische - Delikatessen, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Galanterie- und Spielwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Herren- u. Knaben-Garderobe, Herren- u. Knaben-Garderobe.

Holz- u. Holzhandlung, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Hüte, Hüte, Pelzwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Kaufhäuser, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Kinematograph, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Kolonialwaren u. Lebensmittel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Kurs-, Weiss- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Möbel- und Holz-Handlung, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Photographisches Atelier, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Restaurante, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Reiseartikel, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Dtsch.-Lissa-Stabelwitz

Bäckereien, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Brauereien und Restaurateure, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Eisen- und Fahrradhandlung, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Fahrräder und Nähmaschinen, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Fleischer u. Wurstfabrik, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Haus- und Küchengeräte, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Kaufhäuser, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Kolonialwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Manufakturwaren, Arbeiterkonfektion, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Restaurateure, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Uhren, Gold- u. Silberwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Weiss- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Jauer

Arbeitergard., Schuhw. u. Möbell., „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Fahrräder, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Herren- und Damenkonfektion, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Hüte, Hüte, Pelzwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Kinderwagen, Betschuhfabr., Letterwagen, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Photogr. Atelier u. Vergrößerungen, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Restaurateure, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Schuhwarenhaus, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Seifen, Parfümerien, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Spezialgeschäft für Fahrräder.

Reinhold, Gutfab, Neumarkt, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Restaurateure, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Schneidwaren, Pata und Konfektion, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Ohlau, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Bier-Brauereien, Bier-Verleger, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Bürgerlich. Brauhaus, Ohlau, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Herren- und Damenkonfektion, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Hüte, Hüte, Pelzwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Kinderwagen, Betschuhfabr., Letterwagen, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Photogr. Atelier u. Vergrößerungen, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Restaurateure, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Schuhwarenhaus, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Seifen, Parfümerien, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Pata, Weiss- und Wellwaren.

Reinhold, Gutfab, Neumarkt, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Schneidwaren, Pata und Konfektion, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Ohlau, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Bier-Brauereien, Bier-Verleger, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Bürgerlich. Brauhaus, Ohlau, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Herren- und Damenkonfektion, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Hüte, Hüte, Pelzwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Kinderwagen, Betschuhfabr., Letterwagen, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Photogr. Atelier u. Vergrößerungen, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Restaurateure, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Schuhwarenhaus, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Seifen, Parfümerien, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Wiese- und Wellwaren, „Kaiserbräu“, 2000 Liter

Deutscher Reichstag.

129. Sitzung. Sonnabend, den 8. März 1913,
vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Solz.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des
Estatvorgeztes.

Estatvorgeztes.

Abg. Baase (Soz.): Namens meiner Fraktion erkläre ich, daß wir gemäß unserer Haltung zum Gesamtetat auch den vorliegenden Gesetzentwurf ablehnen. Die Behauptung, die sogenannte Bielderei im Reichstag sei daran schuld, daß die Etatberatung nicht bis Ostern zu Ende kommt, wird glatt widerlegt durch die Tatsache, daß von der Budgetkommission bis zum Augenblick irgend ein Beratungsstoff überhaupt nicht zugegangen ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Also die Verantwortung trifft die Regierung, die den Reichstag trotz unseres Protestes erst im Herbst einberufen hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Erfahrung beweist, daß im Mai keine besondere Lust mehr vorhanden ist, weiterzutagen, und daß dann in die Fraktionarträge, Petitionen und Vorlagen, die für das Volk Wert haben, einfach unter den Tisch fallen. Wir erwarten, daß der Reichstag in Zukunft im Herbst einberufen und ihm sofort der Etat vorgelegt wird. (Beih. Weisfall b. d. Soz.)

Abg. Sehma (Vnl.): Nach Ablehnung der Ostmarkenlage darf die Regierung selbstverständlich den Beamten sie auch nicht auf Grund des Etatvorgeztes zahlen. (Zuruf b. d. Soz.: Natürlich nicht!) Wenn kein Widerspruch von irgend einer Seite erfolgt, darf man dies wohl als Meinung des ganzen Reichstages feststellen.

Dam. schließt die Diskussion. Das Gesetz wird angenommen.

Es folgt der

Estat für Ostafrika.

Eine Resolution der Kommission verlangt einen Nachtragsetat mit ausreichenden Mitteln zur Förderung der Baumwollkultivierung in den Schutzgebieten.

Abg. Krässig (Soz.): Die Baumwollfrage hat zu Angriffen gegen meine Partei herhalten müssen, dabei ist unser Standpunkt der einzig richtige. Herr Erzberger möchte die Eingeborenen daran gewöhnt sehen, nicht mehr im Adamskostüm herumzuwandern, um den Absatz an Textilprodukten dort zu vergrößern. Diese Ausführungen berühren merkwürdig, bei einem Befürworter der Zoll- und Steuerpolitik, die die Arbeiter in unserem eigenen Lande ihre Kinder immer schlechter leiden läßt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir wollen gern die Kultur der Eingeborenen fördern. Für die Baumwollkultivierung sind die Eingeborenen-Pflanzungen weit wertvoller als die Plantagen. Auch haben die Pflanzungen der Eingeborenen weit weniger Mißerfolge als die großen Plantagen. Diese verachteten Baumwollplantagen nachher auf Kosten der deutschen Steuergelder zu retten, lehnen wir rundweg ab. Eine Utopie ist es, daß wir mit unserer kolonialen Baumwollseide jemals die Weltmarktpreise werden bestimmen können. Die Regierung immer weiter anzutreiben, wie es die Resolution will, machen wir nicht mit. Kommt eine Vorlage, so werden wir sie prüfen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Schiffer (Zentr.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zur Resolution. Die Verantwortung für unsere Wirtschaftspolitik, die der Vorredner uns zum Vorwurf machte, tragen wir gern. Würden die Zölle auf Textilwaren aufgehoben, so wäre das Geld unter den Textilarbeitern noch viel größer, denn gerade die Textilwaren sind in erster Linie auf den inneren Markt angewiesen. (Bravo! im Zentr.)

Abg. Dr. Baasche (natl.): Wenn man bei der Frage der Baumwollkultivierung kapitalistischer Ausbeutung sprechen will, muß man doch zuerst an Amerika denken, dem wir bereits mit 400 Millionen jährlich tributpflichtig sind. Wird die Baumwollkultivierung in Amerika noch ausgedehnt, so wird auch die Textilindustrie dort zunehmen und dann ist die Zukunft für unsere Textilindustrie sehr traurig. Deshalb liegt es auch im hervorragenden Interesse der Arbeiter, daß die Baumwollkultivierung in unseren Kolonien gefördert wird. (Sehr richtig! bei den Natl.)

Abg. Göthein (Vpt.) tritt für die Schiffbaymachung des Rufsees ein.

Staatssekretär Dr. Solz: Der Unterlauf des Rufsees ist bereits schiffbar, weitere Mittel zu einer Schiffbarmachung sind ausgeworfen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): In der Frage der Baumwollkultivierung in unseren Kolonien sollten Parteigegensätze nicht mitspielen. Das jetzige Monopol der Amerikaner ist zweifellos die beste Grundlage für Spekulationsausführungen. Deshalb ist es gerade für unsere Arbeiter sehr wichtig, daß in unseren Kolonien die Baumwollpflanzungen so stark als möglich gefördert werden. Schließlich werden wohl auch die Sozialdemokraten ihren Kampf gegen Windmühlensflügel aufgeben.

Abg. Krässig (Soz.): Wir Sozialdemokraten treten durchaus für die Baumwollkultivierung der Eingeborenen ein; die Resolution aber lehnen wir ab, weil wir keine Garantie haben, daß die darin verlangten Mittel auch wirklich dieser Baumwollkultivierung dienen sollen.

Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution wird angenommen, desgleichen zwei Resolutionen der Kommission, von denen sich die eine gegen den Arbeitszwang für die Eingeborenen ausspricht, und die andere im nächsten Etat größere Mittel zum Bau und zur Unterhaltung von Spitälern für die Eingeborenen fordert.

Abg. Dr. Baasche (natl.) wünscht systematische Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und des Alkoholismus unter den Eingeborenen.

Staatssekretär Dr. Solz: Natürlich suchen wir den Alkohol den Leuten abzugewöhnen. Die alkoholischen Getränke sind nicht etwa erst durch die Europäer nach Ostafrika gekommen, sondern die Eingeborenen haben von jeher ihre eigenen alkoholischen Getränke gehabt.

Der Rest des Etats wird angenommen.

Es folgt der

Estat für Kamerun.

Hierzu liegt eine Resolution der Budgetkommission vor, die für Neu-Kamerun die Errichtung von Eingeborenenkolonien und die Sicherung der Handelsfreiheit deutscher Kaufleute fordert.

Abg. Dr. Brasch (Vp.): Neu-Kamerun ist ja nicht gerade ein Paradies, aber die unglückliche Meinung, die jetzt des Marokkoeffektens allgemein verbreitet war, ist nicht zutreffend. Wir müssen das Land, das wir einmal haben, aufschließen. Der Schutztruppe sowie dem Major Domini und dem Gouverneur v. Puttkamer, die für die Erschließung Kameruns sehr viel getan haben, gebührt unser Dank. Das Erb-, für das so viele deutsche Brüder ihr Leben gelassen haben, wollen wir neu bemühen und einer glücklichen Entwicklung entgegensehen. (Bravo! b. d. bürgerl. Parteien.)

Abg. Dr. Baasche (Natl.): Ich danke dem Vorredner für seine warmen Worte. Dr. Weill hat gestern aus den Verhandlungen der französischen Konzeptionsgesellschaften mit der Gesellschaft Süd-Kamerun den Schluß gezogen, die Regierung und Dr. Semler begünstigen die Konzeptionsgesellschaften. Dabei hat doch keine Partei einen Zweifel darüber gelassen, daß sie die Konzeptionsgesellschaften für die schlimmste Erbschaft ansehen, die wir bei der Kamerun-Übernahme haben. Es ist unzulässig einem Abgeordneten wie Dr. Weill es getan hat, seine Tätigkeit in seinem Privatberuf zum Vorwurf zu machen.

Dr. Semler hat an den Verhandlungen als Advokat teilgenommen. Er hat nur sein gutes Recht ausgeübt. Dem Lob des Vorredners über Neu-Kamerun kann ich nicht ganz zustimmen, aber wir müssen weiter arbeiten und versuchen, dies Land, das wir nun einmal haben, zu erschließen. (Sehr richtig! bei den Natl.)

Staatssekretär Dr. Solz: Ich habe Herrn Dr. Weill gestern nicht beantwortet, weil ich im Zweifel war, ob dies nicht vom Staatssekretär des Auswärtigen Amtes geschehen würde. Herr Dr. Weill hat in seiner sorgfältig präparierten Rede folgende Thesen aufgestellt: zunächst die, daß das Konzeptionsystem schlecht ist. Das ist die Ansicht aller Parteien im Hause und auch die der Regierung. Wir haben die berechtigte Hoffnung, daß die Konzeptionsgesellschaften in Neu-Kamerun den Weg gehen werden, wie in Süd-Kamerun, daß die großen Konzeptionsgesellschaften zusammenschumpfen und geminderte Eigentumsrechte gegeben werden. Die zweite These war, die Neu-Kameruner Gesellschaften haben das Land im Interesse weniger Kapitalisten ausbeutet und verwüstet. Hierzu muß ich den Gesellschaften die Verantwortung überlassen. Falls die Gesellschaften uns ein solches Gesicht zeigen werden, haben wir Mittel und Wege, das nicht aufkommen zu lassen.

Mit der dritten These Dr. Weills bin ich nicht einverstanden, nämlich, daß wir die Gesellschaften Neu-Kameruns mit allen Mitteln bekämpfen müssen. Nein, bekämpfen kann ich die Gesellschaften nicht, daran hindert mich die Vertragstreue gegen Frankreich, wohl aber kann und werde ich sie kontrollieren. Herr Dr. Semler müßte sich für seine Lässigkeit bei Neu-Kamerun der Grenzschwierigkeiten zwischen der Südameruner Gesellschaft und der großen Konzeptionsgesellschaft in Neu-Kamerun dankbar sein. Daß der Volksratrat v. d. Landen dabei private Interessen verfolgt hat, muß ich ebenso zurückweisen, wie der Abg. Semler für seine Version. Weiter hat der Abg. Weill ausgeführt, es sei eine Verbindung zwischen der Ngoko-Shanaga-Gesellschaft und der Compagnie Forestiere im Werden begriffen. Davon ist uns nichts bekannt. Ich bin auch nicht in der Lage, dagegen etwas zu tun. Vom 1. April ab werden statt fünf französischen Dampfern fünf Dampfer mit deutscher Flagge den Kongo hinauffahren. Ich sehe also durchaus nicht, daß befristet worden wäre, daß die Regierung die Konzeptionsgesellschaften hat stärken wollen.

Abg. Erzberger (Zentr.): Die Konzeptionsgesellschaften haben wir seit jeher bekämpft. — Herr Semler hat seinerzeit, als er in die Gesellschaft Süd-Kamerun eintrat, die damaligen Kommissionsmitglieder gefragt, ob wir meinen, daß er trotzdem das Ministerium in der Kommission beibehalten könne. Ich habe ihnen damals gesagt, daß seine ureigenste Gewissensfrage. (Hört, hört! b. d. Soz.) Er hat dann Kamerun niedergelegt und mich über andere Chats referiert. Etwas anderes wäre es, wenn der Abg. Weill auch nur den Versuch gemacht hätte, zu beweisen, daß Herr Semler keine Eigenschaft als Berichtserstatter des Kolonialamts mißbraucht hätte zu seinen persönlichen Vereinerungszwecken. Er sagte nur, das könne einmal eintreten. Natürlich, das kann bei jedem Abgeordneten eintreten. Wenn sie nicht wollen, daß Reichstagsabgeordnete auch noch einen Privatberuf haben, so müssen sie dafür eintreten, daß jeder Abgeordnete auf allgemeine Kosten unterhalten wird.

Abg. Dr. Weill (Soz.): Ich bin nicht erstaunt darüber, daß der Herr Staatssekretär theoretisch meinen Ausführungen über die Bedeutung der Konzeptionsgesellschaft und die Notwendigkeit, ihren Einfluß einzudämmen, zustimmt. Ich habe schon gestern Wert darauf gelegt, daß diese theoretische Entschlossenheit zum Kampfe gegen den vorherrschenden Einfluß und die Mißbräuche der Konzeptionsgesellschaften widerlegt ist, nicht nur in der Denkschrift der Regierung selbst, sondern auch in ihrer Stellung, die sie in der Vergangenheit und in der Gegenwart zu Konzeptionsgesellschaften eingenommen hat. Ich habe ganz unwiderlegliche Beweise dafür beigebracht, daß die Taten der Regierung mit ihrer theoretischen Antipathie gegen die Gesellschaften in Widerspruch stehen. Es ist mir auch nicht eingefallen, dem Volksratrat Fr. v. d. Landen irgendwie den Vorwurf zu machen oder mir anzudeuten, als hätte er persönliche Interessen bei den Verhandlungen über die Bahn von Tuala nach dem Kongo vertreten. Was mich interessiert, war nur der Hinweis, daß von diesen Verhandlungen, deren Erfolg die Stärkung der Konzeptionsgesellschaften sein mußte, der Beauftragte der deutschen Regierung in Paris aktiv dauernd Anteil genommen hat. (Hört, hört! bei den Soz.) In diesem Zusammenhang hat der Staatssekretär dem Abg. Dr. Semler noch seinen besonderen Dank ausgesprochen, daß dieser sich damals so regte — ich hätte beinahe den Ausdruck erwartet — so uneigennützig (Heiterkeit) daran beteiligt hätte. Diese Verhandlungen haben ja lange vorher stattgefunden, ehe von dieser Neuerung überhaupt die Rede war. (Hört, hört! bei den Soz.) Es handelte sich vielmehr um

reine Privatgeschäfte.

die mit irgend einer Absicht der deutschen Regierung, politische Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, nicht das mindeste zu tun hätten. (Hört, hört!) Und da meinen wir, ist es nicht Sache des Volksratrats v. d. Landen in Paris an solchen Unterhandlungen teilzunehmen, die darauf hinauslaufen mußten, die Konzeptionsgesellschaften zu stärken und einflußreichen Teilhabern die Taschen zu füllen. Es hat sich also nicht etwa um eine vaterländische Tat des Dr. Semler gehandelt. Der Auslandspolitiker des „Temps“, Andre Tardieu, der der Hauptmacher der Ngoko-Shanaga und der Geschäftsfreund des Dr. Semler ist (Hört, hört! bei den Soz.), hat die Stärkung der Konzeptionsgesellschaften selber zugegeben. (Hört, hört!) Von Herrn Baasche brauchen wir keine Belehrung darüber, ob eine solche Debatte zulässig ist, zumal wenn es sich um die Beurteilung einer Aufsichtsratspolitik handelt. (Sehr gut! bei den Soz.) Uns leitet nur unsere Pflicht und unser Gewissen. (Bravo! bei den Soz.) Die Ausnützung seiner parlamentarischen Eigenschaft zu Geschäftszwecken kann Herr Semler nicht bestreiten, und wenn er so uneigennützig sein will, trotz dieser peinlichen Situation das Referat zu behalten, so hat der Reichstag die Pflicht, ihn davor zu bewahren. Wir Sozialdemokraten werden es jedenfalls stets für unsere wichtigste Pflicht halten, die Zusammenhänge von Politik und Finanzkapital hineinzuleuchten. (Beih. Weisfall bei den Soz.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Es ist eigenartig, daß gerade der Herr Vorredner in so scharfer Weise gegen französische Konzeptionsgesellschaften Stellung nimmt. Herrn Semler kann man nicht zum Vorwurf machen, daß von ausländischen Gesellschaften seine Eigenschaft als Referent des Kolonialamts ins Feld geführt worden ist.

Abg. Lebedour (Soz.): Herr Semler leidet nicht nur an einer bedauerlichen Farbenblindheit auf dem Gebiet der politischen Moral (Sehr gut! bei den Soz.: Präsident Kampff rügt den Ausdruck), er leidet auch an einer bedauerlichen Gedächtnislosigkeit. Wenn er es so darstellt, als ob wir ihn ganz plötzlich wegen dieser Dinge angegriffen. Die Angelegenheit hat uns vielmehr seit Jahren und unmittelbar jetzt in der Budgetkommission beschäftigt. Herr Semler erwiderte, Erzberger u. a. hätten ihm gefragt, er könne das ruhig tun. Von Erzberger haben wir eben gehört, daß er ihm ganz zuzustimmen an dem gesagt hat, nämlich, er habe das mit keinem Gewissen abzumachen. (Hört, hört! bei den Soz.) Genosse Semler und ich haben schon seiner Zeit verlangt, daß Dr. Semler bei der Beratung von Kolonialfragen aus der Budgetkommission ausgeschlossen werde. Ein Aufsichtsratsmitglied einer Kolonialgesellschaft gehört schon aus prinzipiellen Gründen dem Reichstag nicht an. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dr. Semler hat es so dargestellt

als ob wir seine Berufstätigkeit angegriffen hätten und gemeint, wir könnten doch nicht alle Journalisten, Schauspielere oder sozialdemokratische Abgeordnete sein. Unter uns ist auch kein gewisser Schauspieler; wenn er aber den Schauspielereberuf diskreditieren will, so mögen sich die Schauspieler und ebenso die Journalisten mit ihm darüber auseinandersetzen. Nicht genannt hat er einen unter meinen Freunden stark vertretenen Beruf, den der Rechtsanwält, dem er selber angehört. Aber jeder Rechtsanwalt unter meinen Freunden würde sagen, ich würde mich in den Grund meiner Seele schämen, wenn ich als Rechtsanwalt eine solche Aufsichtsratspolitik hier im Reichstag triebe wie Dr. Semler. (Beih. Zuzuf. b. d. Soz.) Eine Wirkung hätte der von Semler befürwortete Bahnbau allerdings gehabt: die Bahn hätte das Gebiet der Süd-Kameruner-Gesellschaft durchschnitten und so der Gesellschaft einen kolossalen Vorteil gebracht. (Hört, hört! b. d. Soz.) Semler hat also unter

unrichtigen Behauptungen

eine Bahnlinie empfohlen, die die Gesellschaft, der er als Aufsichtsratsmitglied angehört, wirtschaftlich fördern würde. Er sucht also meine Stellung als Abgeordneter zu Maßregeln auszunutzen, die seiner Gesellschaft zugute kommen. Was verurteilt sich nicht mit unfernen Begreifen von politischer Moral. Einen Farbenblinden stellt man nicht als Lokomotivführer an. Wir werden die Haltung Semlers bei jeder Gelegenheit an den Pranger stellen, und diese Aufsichtsratspolitik mit Hilfe der öffentlichen Meinung im Reichstag unmöglich machen. (Beih. Weisfall b. d. Soz.)

Damit schließt die Diskussion. Die Resolution der Kommission wird angenommen, ebenso der Etat selber und der Etat für Togo.

Beim

Estat für Südwestafrika

liegt eine Resolution vor, im nächsten Etat die Schutztruppe zu verringern. Eine zweite Resolution will, daß in Zukunft die Kosten für Landespolizei und Schutztruppe einseitlich nach einem festzusetzenden Verhältnis auf Reich und Schutzgebiete verteilt werden. Eine dritte Resolution verlangt, die nach Kamerun verbannten Dolmetschen in ihre Heimat zurückzuführen zu lassen, und dort ihren früheren Lebensverhältnissen gemäß anzusiedeln.

Abg. Dr. Duesel (Soz.): Dr. Solz wollte sich auf einen Artikel von mir in den „Sozialistischen Monatsheften“ nicht beziehen, um mir, wie er sagte, nicht zu schaden. Ich bedaure das, denn diese Anführung hätte nicht mir, sondern ihm geschadet. Ich bin mit meinem Parteizeitungs-Bericht vollständig einverstanden in der Beurteilung der Eingeborenen- und Plantagenpolitik. Zwischen uns bestehen nur Meinungsverschiedenheiten über die Möglichkeiten kolonialpolitischer Arbeit. Auf die Diamanten ist die Zukunft Südwestafrikas sicher nicht zu gründen; aber vielleicht kann die Viehzucht die Zukunft der Kolonie werden. Freilich, wenn wir die Definition der Grenzen für südwestafrikanisches Fleisch fordern, steigt die koloniale Bevölkerung des Alphatagariers Viertel zum Produktionsfaktor hinaus. (Sehr gut! bei den Soz.) Als der Schrei der Not durch ganz Deutschland tönte, rief Graf Ranitz den Pflanzen, ihr Vieh nach dem zollfreien England zu verkaufen. Jahresheute lang hat also das

deutsche Volk ungeheure Opfer gebracht,

damit die Engländer billiges Fleisch bekommen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ein Krebschaden sind die Heimatverbanlungen, die unseren Etat unerträglich belasten. Das Klima ist durchaus gesund, nur die Vegetation ist schmerzlicherer Meinung zu sein, und die Regierungsbürokraten bescheinigen ihnen prompt die Krankheit. Die Urlaube kosten riesige Summen. So hat Herr Dr. Schudmann allein 25 000 Mark Reisebeihilfe erhalten. Das sind die Lohn der Arbeiter in Deutsch-Südwest für die Teuerung dort außerst niedrig. Noch ein Wort zur Eingeborenenfrage. Die Tat des 13jährigen Neger, der ein 16jähriges Mädchen vergewaltigt hat, verurteilen wir selbstverständlich auf das Schärfste. Um soll aber, veranlaßt durch den Rassenhass, der daraufhin aufkammte, Gouverneur Seitz das Urteil kassiert haben, und der Neger zum Tode verurteilt worden sein. Sollte jedoch dieses Urteil vollstreckt worden sein, so wäre das doch ein Akt der Selbstverleugung. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich habe auch die Fälle der noch dadurch empörender würde, daß er sich in die Formen des Rechts gekleidet hätte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ferner verlangt alljährliche Tätigkeitsberichte der Eingeborenen-Kommisars. Wenn wir als Kulturvolk vor dem Richterstuhl der Geschichte bestehen wollen, blicken wir nicht ruhig zu, wie die letzten Reste der unsrerer Odium anvertrauten Völkstämme verkommen. (Bravo! bei den Soz.)

Gouverneur Dr. Seitz: Ich habe das erste Urteil gegen den Neger nicht bekämpft, weil die erste Verhandlung keine genügende Klarheit über den Tatbestand gab. Der Fall hat sich bei erneuter Untersuchung als viel schwerer herausgestellt. Das Todesurteil habe ich dann in zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt. Die billigsten Tagelöhne in Windhoek sind 10 Mark für ungelernete Arbeiter, für gelernte 18 bis 20 Mk. (Hört, hört! rechts.) Die meisten Arbeiter haben dort ein Bauguthaben. Ich weiß nichts davon, daß Farbige als Lohnarbeiter auftreten, dafür sind sie viel zu teuer.

Abg. Hoch (Soz.): Die Verprechungen, die der Staatssekretär im vorigen Jahre in der Diamantenfrage abgegeben, hat er zum größten Teile erfüllt. Bei neuen Verträgen können wir Berücksichtigung des deutschen Diamantenhandels und der deutschen Diamantenindustrie verlangen. Das hat der Staatssekretär auch zugestanden. Der Staatssekretär sollte auch die Arbeiter hören, ehe er sich schließt macht.

Staatssekretär Dr. Solz: Wir haben bei dem neuen Abkommen für die Arbeiter ebenso gesorgt wie für den Handel. Wir haben ja auch die Schießerschule in Danau errichtet. Aber wir können das Syndikat nicht zwingen, den Schleifern Brot zu geben.

Abg. Hoch (Soz.): Die Fachschule für Schleifer in Danau ist auf unsere Anregung hin gegründet. Alles, was erreicht ist, die Erhöhung der Preise, überhaupt die Gesundung des deutschen Diamantenhandels, ist nur erreicht worden auf Grund unserer Anregungen und der unserer Sachverständigen.

Abg. Duesel (Soz.): Die weißen Arbeiter in Südwest verlangen nicht den Ausschluß der Farbigen von der Arbeit, sondern protestieren dagegen, daß die großen Gesellschaften landfremde Rassen als Lohnarbeiter heranziehen. Wenn der Gouverneur das ungeheure Todesurteil gegen den Neger nachher reduziert hat, so gereicht ihm das zur Ehre. Der Etat wird bewilligt.

Beim

Estat für Neu-Guinea

tritt Abg. Schmitt (Soz.) für den Schutz der Paradiesvögel ein, die aus höchster Erwerbsucht nebergelacht werden. Kommt es doch sogar zu Strafexpeditionen gegen die Eingeborenen infolge der allzu schließlichen Vorgehens der Jäger und Wilderer. Auch Kronentauben und Kolibris werden abgeschossen und teuer verkauft. Der Staatssekretär hat sich erkrankend auf diese Sache des Abschließens der Paradiesvögel ausgesprochen. Wir erwarten aber, daß er sich nicht festsetzen lassen wird, das Verbot irgendwie abzumildern. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Etat wird bewilligt.

Es folgt der Etat für

Kamerun.

Abg. Dr. Erzberger (Zentr.) betont die Bedeutung des neuen Schulwesens in Kamerun für den Einfluß Deutschlands auf Afrika.

Staatssekretär v. Tirpitz erläutert Einzelheiten der in Aiautichau geplanten Vahnbauten.
Abg. Schöppin (Soz.): Die von der Kommission vorgeschlagene Erhöhung der Belastung halten wir nicht für notwendig. Sie könnte höchstens zu Konflikten führen. (Sehr wichtig! b. d. Soz.) Der Etat wird nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.
Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Präsident Dr. Kaempf weist in einer Ansprache auf die Bedeutung der bevorstehenden Jahrhundertfeier hin, die die Befreiung von Stein und Gardenberg, der inneren Befreiung des Volkes und dem ersten Aufstehen des deutschen Gedankens zelle. Das Deutsche Reich feiere zusammen mit dem preussischen Volk freudig die Gedenktage an den großen Beginn der staatlichen Erneuerung an den ersten Völkerruf in Deutschland. (Beifall.)
Schluß der Sitzung 7 1/2 Uhr.
Nächste Sitzung Mittwoch, den 2. April (Antrag Abg. auf Beschränkung der Familiensteuern).

Preussisches Abgeordnetenhause.

150. Sitzung. Sonnabend, den 8. März.
Um Ministerlich: Michaelis, Dr. Heiligenstadt.

Etat der Zentralgenossenschaftskasse.

Nach einigen Bemerkungen der Abg. Meyenschcin, (konf.) und Humann (Zent.) befreit.
Präsident der Zentralgenossenschaftskasse Dr. Heiligenstadt gegenüber dem Abg. Dr. Liebnicht, daß bei der Kreditgewährung ländliche Genossenschaften vor den städtischen bevorzugt würden.
Abg. Dr. Liebnicht (Soz.): Das wesentliche an meiner Rede war, daß Arbeitergenossenschaften mit der Zentralkasse in keiner Verbindung stehen. Wissen möchte ich aber, ob die Leitung der Preussenkasse ganz in dem gewohnten Regierungsgeist abgesehen ist, sich mit den Konjunktionsgenossenschaften in Verbindung zu setzen. Die Sozialdemokratie hat stets erklärt, daß wenn dem Mittelstand überhaupt geholfen werden kann, die genossenschaftliche Zusammenfassung das geeignetste Mittel ist. Wir haben also nichts gegen eine Förderung der Mittelstandsgenossenschaften, ich habe nur den Gegensatz dieser Förderung zu der Behandlung der Arbeitergenossenschaften festgelegt und habe an dem Wachstum der Genossenschaften dargelegt, wie dem heutigen Privatkapitalismus der Sozialismus bereits in den Gliedern sitzt. (Sehr wichtig! bei den Soz.)
Der Etat wird bewilligt.
Es folgt die zweite Lesung des Gesetzes über die Ausnützung der oberen Weser zur Elektrizitätsgewinnung.

Abg. Leinert (Soz.) führt aus, daß das in der Kommission einstimmig angenommene Gesetz mit einer Kapitalerhöhung von 9 auf 10 1/2 Millionen Mark ausgestattet worden, weitere Landkreise einbezogen und die Verhandlungen mit den Städten Göttingen und Cassel vor dem Abschluß seien, was auch im Interesse der Rentabilität des Werkes notwendig sei. Es müßte aber vorgebeugt werden, daß die Landkreise nicht etwa aus der Sache eine Erwerbquelle machen, der gemeinnützige Charakter des Werkes muß erhalten bleiben und nur weil die Geier in diesem Sinne als ein gemeinnütziges betrachten, stimmen wir dafür. (Zust. b. d. Soz.)
Nachdem noch mehrere Redner ihre Zustimmung erklärt haben, wird das Gesetz angenommen.

Das Ausgrabungs-gesetz

bestimmt, daß Ausgrabungen von Gegenständen von kulturgeschichtlicher oder naturgeschichtlicher Bedeutung nur in der Weise erfolgen dürfen, daß das öffentliche Interesse an der Förderung der Wissenschaft und Denkmalspflege nicht beeinträchtigt wird.

Abg. v. Wappenheim (konf.) beantragt Absehung, da die Bedenken der Konservativen noch zu groß seien. — Der Antrag wird von allen anderen Parteien bekämpft und schließlich abgelehnt.

Kultusminister v. Trost zu Solz bemüht sich, die Bedenken zu zerstreuen, daß das Gesetz zu sehr in das Privateigentum eingreift.

Abg. v. Gohler (konf.) äußert Eigentumsbedenken, Abg. Wierga (lk.) fordert für Eigentumsbeschränkung vollen Schadenersatz und Abg. Eichhoff (Sp.) Aufführung der Bevölkerung über die Bedeutung von Ausgrabungen.

Abg. Dr. Liebnicht (Soz.) begrüßt das Gesetz, wenn es auch nicht genug umfassend sei. Nicht der Regierungspräsident, sondern eine Kunstdenkmalskommission sollte entscheidende Bescheide sein, um den Bureaualtismus einzubäumen. Derjenige, dem ein wertvolles Ausgrabungsobjekt zufällig zuteil wird, sollte vom Gesetz nur als Verwahrer angesehen werden. Die Abstreifungsfrist sollte überall da vorgezogen sein, wo der ausgearbeitete Gegenstand, auch wenn seine Erhaltung nicht gefährdet ist, doch für die Kunst und Wissenschaft von Wert ist.

Das Gesetz geht an die veränderte Zustimmungs-kommission.

Reform des Polizeiverordnungs-rechtes.

Es folgt die Beratung der Anträge Schäffer-Wagdeburg (natf.) auf Erlass eines Gesetzesentwurfes über die Polizeiverordnungen und Ortsstatuten, die Zulässigkeit der Ansetzung sämtlicher Verfügungen, sowie die Sammlung und Sichtung der vorhandenen Rechtsstoffe. Alle Personen, die ein berechtigtes Interesse daran haben, sollen auf Feststellung der Rechtensmäßigkeit einer Polizeiverordnung beim Oberverwaltungsgericht klagen dürfen, falls die Verordnung mit Reichs- und Landesgesetzen unvereinbar ist oder die Behörde zum Erlass der Verordnungen nicht zuständig war usw. Eine Polizeiverordnung soll erlöschen mit Ablauf von 30 Jahren, jedoch nicht vor dem 31. Dezember 1920. Auch sollen alle Verfügungen, welche eine ungewisse, welche Rechtsmittel dagegen zulässig sind und in welcher Form, in welcher Form und wo sie anzubringen sind. Schließlich sollen alle geltenden preussischen Gesetze und Verordnungen gesammelt und geordnet werden.

Abg. Dr. Schrod (Sp.) wendet sich gegen die Hauptanträge, weil das der Anfang einer unvollständigen, unvollständigen Anfechtung aller Maßnahmen der öffentlichen Gewalt sein würde.

Abg. Schömer (konf.) lehnt die Anträge ebenfalls ab, zum Teil aus denselben Gründen.

Abg. Schäffer-Wagdeburg (natf.) verweist auf das unzureichende Nebenmaß und die Verwirrung unserer Gesetze und Verordnungen. Ein Ministerialbescheid vom 9. Februar 1912 erkennt das zum Teil an. Nach meiner Erfahrung (der Redner ist Mitglied des Oberverwaltungsgerichts) ist es dringend notwendig, den massenhaft aufgehäuften Schutt wegzuräumen. (Zust. links.)

Abg. Dr. Bell (Zent.): Es handelt sich hier keineswegs um grundsätzliche Änderungen in unserer Gesetzgebung und wir können daher zu.

Abg. Dr. Eilers (Sp.): Von 72 Handelskammern haben sich 71 für die Notwendigkeit der Anträge Schäffer ausgesprochen. Also das Bedürfnis kann nicht bezweifelt werden. Hoffentlich erwirmt sich die Regierung nun auch für diesen Gegenstand, für den die Interessenten so ins Feuer geraten sind. (Heiterkeit und Beifall links.)

Abg. Dr. Liebnicht (Soz.): Um Herrn Schäffer vor hohem Lob zu erheben, möchte ich ihm hoch geehrte Wünsche einbringen, ob die kaiserliche Regierung jemals revolutionäre Kräfte bekämpfen könne, ist mir unbekannt. Wir würden dann gern die Regierung loben. Wir haben ferner das Bedürfnis danach, es einmal zu tun, denn es ist ja nicht gerade einfach, immer nur zu kritisieren.

Der preussische Polizei und Verwaltungsvorstand hat sich nicht mit der Selbstbestimmung und Selbstständigkeit der „Unternehmer“ abgegeben. So lange die Bürger nicht als mündig angesehen werden, wird es auch so bleiben. Den Gesetzgebern muß die Verantwortung für die Selbstbestimmung der „Unternehmer“ übertragen werden, die Verantwortung der Staatsverwaltung, daß man auf dem Gebiet

Polizei der Bürgerrechte nicht stehen bleiben soll — auf Streitposten! Diese politischen Befähigungen unserer Bevölkerung können nicht durch eine organisatorische Reform beseitigt werden, denn sie sind untrennbar verbunden mit dem preussischen Polizeigeist, mit dem Wesen Preußens als Fortkämpfer jeder politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reaktion. Bei der das Volk unausgeseht aufzuheben politischen Radikalität kommt es auch auf die Anwendung des Gesetzes an. Besonders zu begrüßen ist, daß man nun überflüssige Polizeibefähigungen — selbst vom Standpunkt der Regierung aus überflüssige — als rechtungswidrig anfechten kann.

Die Bestimmungen über die Rechtsmittelbelehrung sind besonders energisch von der Regierung und der Rechten bekämpft worden. In anderen Staaten ist die Verpflichtung zur Rechtsmittelbelehrung längst festgelegt — da sollte sich dieses Preußen dagegen sträuben?

Die Anträge entsprechen einem Bedürfnis unserer Zeit und der Mehrheit des Hauses. Wir werden für sie stimmen (Bravo! b. d. Soz.)

Die Anträge werden gegen die Konservativen in 2. und 3. Lesung angenommen, ebenso in der Gesamtsitzung der Gesammtversammlung, der das Ergebnis dieser Beratung darstellt.

Eine Petition um Verleihung des passiven Gemeinbewahlrechts an die Volksschullehrer wird vom Abg. Dr. Schöpp (Sp.) befragt und Ueberweisung zur Berücksichtigung beantragt.

Die Kommission beantragt Material.
Ein Beschluß wird nicht gefaßt, da noch viele Fortmeldungen vorliegen.

Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr: Die neue Ostmarken-vorlage.

Schluß der Sitzung 4 1/4 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

Einigungs-Verhandlungen vor dem Gewerbe-gericht.

Unter dem Vorsitz des Gewerbegerichtsvorsitzenden Magistratsassessors Steinberg fand am Sonnabend im Rathsaule Verhandlungen zum Zwecke der Beilegung der Streitigkeiten im Tapezierergewerbe zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaft statt. Der Vorsitzende gab sich Mühe, eine Einigung zu erzielen, es gelang aber nicht — doch sind die Verhandlungen nicht abgebrochen. Am Dienstag werden sie fortgesetzt. Die Sitzung dauerte 5 Stunden. Am Montag nehmen die Gehilfen zu den Angehörigen Stellung.

Die Tapezier- und Dekoratur-Zwangs-Zerung nahm in einer am Sonntag vormittag abgehaltenen außerordentlichen Versammlung im Pariser Garten die Gerichtsverhandlung über die am Sonnabend vormittag beendeten Einigungs-verhandlungen vor dem hiesigen Gewerbegericht entgegen. Mitgeteilt wurde dabei u. a. zum Ergebnis der fünfständigen Verhandlung, daß einstweilen dieselben noch nicht zu einem endgültigen Resultat geführt haben. Seitens der vertretenen Arbeiterschaft wurde dort den Gehilfen eine wöchentliche 55 stündige Arbeitszeit zugestanden. Die Lohnsätze sollen aber folgende Regelung erfahren, daß im ersten Beschäftigungsjahre diese der freien Vereinbarung unterliegen, aber nicht unter 38 Pfennige, im zweiten Jahre einen Stundenlohn von 45 Pfennigen, im dritten 51 Pfennige und nach dem dritten eine Zulage von 3 Pfennigen. Alle Abmachungen sollen aber auf die Zeit bis 1916 gelten. Diese allerdings nur provisorisch gemachten Vereinbarungen bedürfen jedoch der Zustimmung der Mehrheit. Demgegenüber verblieben die Gehilfenvertreter auf den ihrerseits gemachten Vorschlägen unter Ablauf des Lohnsatzes dann im Jahre 1917. Nach allen diesen Verhandlungen besteht unter den beiden streitenden Parteien nur noch ein Differenzpunkt um 2 Pfennige, welche die Gehilfen 1914 bereits für ältere fordern. Nach längerer Diskussion wurde das Angebot der Verhandlung gutgeheißen.

Deutsches Reich und Ausland.

In Oshelien machen wir das so! Der Vorsitzende des Verbandes des Zöpfer, Filiale Danzig, hatte am 8. Januar d. Jz. eine politische Vernehmung wegen Vergehens gegen den berühmten § 133 der R.-G.-O. Ohne irgend welche weitere Verhandlung erhielt er dann vor einigen Tagen den folgenden Strafbefehl:

Auf den Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, am 22. November 1912 zu Danzig andere durch Drohungen und Ehrverletzung bestimmt zu haben, an Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen insbesondere mittelst Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter teilzunehmen bezw. ihnen Folge zu leisten, Vergehen gegen § 133 R.-G.-O., wofür als Beweismittel bezeichnet ist: 1. Eigene Angaben, 2. Zeugen: a) Kaufmann Berthold Wich, Köpferstraße 14, b) Zöpfermeister Johann Salowski, Johannstraße 33, c) Dienstherr Max Salowski, Eberada, d) Dienstherr Walter Müller, Stadtgebiet 43 — eine Gefängnisstrafe von 1 — einer — Woche Gefängnis festgesetzt. Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt. Dieser Strafbefehl wird vollstreckbar, wenn Sie nicht binnen einer Woche nach der Zustellung bei dem unterzeichneten Gericht schriftlich oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers Einspruch erheben. Die Kosten betragen 1,10 Mk.

Zuschrift Danzig, den 12. Februar 1913.

Ein abgefügteres Gerichtsverfahren wie in diesem Falle ist wohl nicht möglich. Es leant sich, wenn auch anderer, so doch ebenbürtiger Weise an die vor einigen Monaten im Ruhrgebiet beliebte Gerichtspraxis an. Beachtenswert ist besonders in dem Strafbefehl, daß eine volle Woche Gefängnis ausgeworfen wird und es Erich durch Geldstrafe, garnicht vorgegeben ist.

Einspruch gegen diese Art der Gerichtsbarkeit ist selbstverständlich erhoben worden.

Die Ausperrung der Mater. Jetzt wird auch das genannte ziffermäßige Abstimmungsresultat im Unternehmerverbande über den Schiedspruch der Unparteiischen bekannt. Nach der Höhe der Lohnsummen der dem Unternehmerverbande angehörenden Meister haben für die Annahme des Schiedspruches Unternehmer mit 14 456 000 Mk. Lohnsumme, dagegen Unternehmer mit 40 548 000 Mk. Lohnsumme gestimmt. Im Gau Berlin in Brandenburg und in Ost-Westpreußen, Posen und in dem Teil von Pommern rechts der Oder war die erhebliche Mehrheit für Annahme der Schiedsprüche.

In Posen wurden am Sonnabend von 250 beschäftigten Malern 88 ausgesperrt, wovon beide Gehilfenorganisationen gleich hart betroffen werden. Eine Unternehmung haben nur eine teilweise Ausperrung vorgenommen, offenbar um erst dringende Arbeiten fertigstellen zu können.

An der Arbeitslosenzählung des Bauarbeiterverbandes am 21. Dezember beteiligten sich 884 Zweigvereine mit 205.018

Mitgliedern. Rund 200 Zweigvereine haben keine Berichte geliefert. Bei der Zählung wurden 275.799 Mitglieder befragt. Von den Befragten waren 222.844 = 80,6 Prozent in Arbeit und 52.955 = 19,4 Prozent arbeitslos. Die Ursache der Arbeitslosigkeit war bei 40.256 Mitgliedern Arbeitsmangel, bei 3286 Witterungsverhältnisse und bei 9913 Krankheit. In Provinzen ausgebreitet waren arbeitslos: 14,6 Prozent wegen Arbeitsmangels, 1,2 Prozent wegen Witterungsverhältnisse und 3,6 Prozent wegen Krankheit. Am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen waren wiederum die Stuckateure mit 24,8 Prozent, ihnen folgten die Bauhilfsarbeiter mit 22,2 Prozent, die Maurer mit 19,8 Prozent, die Erdarbeiter mit 14,4 Prozent, die Zementreue mit 14,2 Prozent, am wenigsten waren die Hölzerer betroffen mit 9,6 vom Hundert.

Wendete Lohnbewegungen im Schneidergewerbe. In letzten Tagen wurden noch in folgenden Städten Lohnbewegungen durch Beträge beendet: Annaberg, Bayreuth (außer in zwei Betrieben), Bruchsal, Elmshorn, Göttingen, Gießlingen, Gadersleben, Schwabach und Spanbau. Auch in Pamborn, wo gestreikt wurde, ist die Lohnbewegung beendet. Die Damenschneider in Chemnitz haben die Lohnbewegung vertagt. In Pof. B. wird es voraussichtlich zum Streik kommen.

Stiegelsarbeiter. Bei der Firma Georg Stiegler, Dampfhebele, in Heidingfeld bei Warburg sind die Arbeiter zur Erreichung einer Lohnerhöhung ausständig. Die Firma sucht Arbeitswillige. Zuzug ist fernzuhalten.

Aus Oberschlesien.

Kattowitz, 10. März. Raubmord. Ein entsetzlicher Raubmord wurde in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag hier verübt. Der Schuhmacher Dylla und seine Ehefrau wurden am Morgen beide in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die beiden Leichen waren durch zahllose Messerstücke entsetzlich verstümmelt. Ein größerer Geldbetrag, den das ermordete Ehepaar in seiner Wohnung aufzubewahren pflegte, fehlte. Man vermutet, daß ein Verwandter des ermordeten Ehepaars den Raubmord verübt hat, der öfter bei ihm weilte und mit den Lokalkräften sehr vertraut war.

Sipine Os., 10. März, 26 Stunden in einem Schacht eingeschlossen. In einem Nebenschachte auf Malschdegrube in Lipine waren durch herabfallende Gesteinsmassen die Bergleute Kasulla, Spodziesja und Goh, alle verheiratet, vom Hauptschachte abgechnitten worden und eingeschlossen. Die sofort eingeleiteten Rettungsversuche waren nach 26 stündiger, sehr angestrengter Arbeit von Erfolg, und die drei abgesehenen Bergleute konnten gerettet werden. Viele hundert Wagen Kohle und Gesteinsmassen waren fortgeschafft worden.

Gleitwitz, 8. März. Dorfdeutsch. Bei einer Tour sah ein Reisender in dem Dorfe Nieder-Wilcza an der Kreuzung der Chaussee von Gleitwitz mit der Dorfstraße eine Tafel mit folgender Aufschrift:

„Ge. Nieder Wilcza Kr. Rybnik. R. B. Dypeln. 1tes D/Schl. Landver Regiment Nr. 22. Landver Bezirk und Hauptmelde Amt Rybnik, das Tabakrauchen in der Nähe von Gleitwitz ist von 1 bis 30 Mark Strafe verboten.“

Dabei ist die Tafel erst jetzt wieder aufgerichtet worden.

Mitotai, 10. März. Raubüberfall. In der Nacht zum Sonnabend drangen in Urbanowitz drei unbekante Diebe in die Wohnung der verwitweten Frau Nitroa. Sie knielien die Frau, während ihr einer der Eindringler einen Revolver vorhielt und ihr beim kleinsten Versuch, sich zu befreien, mit dem Lode drohte, raubten die zwei anderen sämtliche Schubladen aus. Den Dieben fiel bares Geld und eine Menge Wertgegenstände in die Hände. Von den Dieben fehlt jede Spur, der Polizeihund konnte die Spur auch nicht verfolgen.

Wyslowitz, 10. März. Zur Warnung! Als Freitagabend 6 25 Uhr der Kattowitzer Zug die hiesige Bahnhofshalle verließ, wollte ein zu spät gekommener Reisender noch auf den schon in Fahrt befindlichen Zug aufspringen, glitt ab und kam unter die Räder des Zuges zu liegen. Er wurde sofort getötet.

Josef
JUNO
Qualitäts 23 Cigarette

Nordsee
Schmiedebrücke 19
und Filiale.
ft. Cabliou u. Seelachs No. 22
Bücklinge, gr. Kiste 1.50, Postkiste 1.10.
Feinste Sprotten Kiste 2.00, Fettsprotten Kiste 75 Pf.